

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert H. u. u. Magdeburg. — Der Anzeigenpreis: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 18 Pf., auswärts 15 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen für Anstalt Wilhelm Sinda u. Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Paunke & Co., gefolge 8 Pf., Vereinskalender 1 mm Höhe 25 Pf., Melame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite total 75 Pf., auswärts 90 Pf., Magdeburg, Gr. Mühlenstraße 2. — Fernsprech-Anschlüsse 8264 bis 8267. — Abhatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unter dem Bezugstitel der Zeitung: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. Text 30% Zuschlag. Für Vorkauf keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkonto 122 Magdeburg.

№. 23

Magdeburg, Freitag den 27. Januar 1928

39. Jahrgang

Hergt lobt die Justiz

Wie es mit der deutschen Justiz steht, pfeifen seit Jahren die Späken von den Dächern. Jeder Tag bringt neue Fälle ans Licht.

Immer und überall das gleiche Bild: gegen links wird mit draconischen Strafen durchgegriffen, gegen rechts werden im schlimmsten Falle lächerlich geringe Geldstrafen verhängt, in den meisten Fällen glatt freigesprochen. Republikanische Würdenträger finden keinen oder ganz unzureichenden Schutz bei den Gerichten; die Monarchisten gehen frohgemut vor die Anklagebank, ihnen geschieht wenig oder nichts.

Das geht seit Jahren so. Schon Ebert war vogelfrei. Nach seinem Tode hat sich nichts geändert. Die republikanischen Volksmassen haben zur Justiz daher nicht das geringste Vertrauen.

Grund genug für einen deutschnationalen Justizminister wie Hergt, daß er mit der Rechtspredung an den deutschen Gerichten zufrieden ist. Er versteigt sich zu der Forderung, daß mit dem Verede von einer „Vertrauenskrise“ endlich Schluß gemacht werde.

Ihm antwortet für die Sozialdemokratie Otto Landsberg mit der Forderung, daß wir damit nicht Schluß, sondern erst eigentlich den Anfang machen müssen. Zum Beweis dessen bringt Landsberg ein großes Material vor. In der Hauptsache aus der Spruchpraxis des Reichsgerichts, für das allein der Reichsjustizminister verantwortlich ist. Die übrigen Gerichte unterstehen den Landesjustizministern.

Abgeordneter Landsberg weist auch für das Reichsgericht nach, daß gegen links scharfe Bestrafungen erfolgen, daß gegen rechts mit einer unverständlichen und bestemmlichen Milde verfahren wird. Die Hochverratsprozesse gegen Kommunisten jagen sich. Immer werden noch Fälle aus dem Herbst 1928 abgeurteilt. Hundert Jahre Zuchthaus und mehr sind verhängt worden. Noch immer ist kein Ende zu sehen. Freigeleitete Arbeiter müssen unmenslich büßen für die Torheiten und Ruchlöcher ihrer Führer. Die Rechtsradikalen dagegen, die völkischen Staatsstreicher — wo sitzen sie, wie sieht ihre Bestrafung aus? Entweder werden sie amnestiert oder sie laufen frei umher, weil nicht einmal eine Anklage gegen sie erhoben worden ist.

Zu all diesem noch der Fall Claß. Der alldeutsch-völkische Führer hat fünfzehn kaiserliche Generale veranlaßt, im Herbst 1925 an Hindenburg eine Eingabe loszulassen, in der die Benutzung des Artikels 48 der Verfassung zur Abwürgung der Republik und zur Installation eines Diktators empfohlen wurde. Als der starke Mann wurde der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Hugenberg empfohlen. Claß hat später einen anderen General veranlaßt, dem Sohne Hindenburgs ein Memorandum zur Ueberweisung an seinen Vater in die Hand zu drücken, in dem genaue Anweisungen für den Staatsstreich enthalten waren.

Die Abfuhr entlastet aber nicht den alldeutschen Heißsporn und Justizrat Claß. Er ist schuldig.

Dieser Claß wird nun außer Verfolgung gesetzt. Vom Oberreichsanwalt wie vom Reichsgericht. Der erstere mit, das letztere ohne Begründung. Landsberg zerpfückt diese Begründung, und er fragt den Reichsjustizminister, ob er sie decken wolle. Worauf der zapplige Hergt zapplig und verlegen antwortet, daß er nicht nötig habe, sich von einem Abgeordneten ausfragen zu lassen.

Hergt setzt sich. Aber er wird auch wieder aufstehen müssen. Denn die Debatte fängt erst an. Es kommen noch Redner, die ihm gleich Landsberg fest auf den Zahn fühlen werden.

Auch aus dieser Erörterung werden die Deutschnationalen mit blauen und grünen Striemen heimkehren. Mit ihnen der große Prophet Hergt.

Landsberg gegen Hergt

Die Reichstagsführung am Mittwoch wurde um 15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Reichshaushalts. Die Beratung wurde begonnen beim Etat des Reichsministeriums der Justiz.

Reichsjustizminister Hergt:

Für die allgemein geforderte Vereinfachung und Verbilligung des Justizapparats sind bereits Maßnahmen getroffen worden, es besteht auch vollständige Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern über diese Frage. Die Ausbildung der Juristen ist heute noch ganz verständig; zu ihrer einheitlichen Regelung werden die Länder unter sich eine Verständigung herbeiführen, ebenso über die Frage der Freizügigkeit der Anwälte. Das Reichsjustizministerium wird sich bemühen, zur Verständigung auf diesen Gebieten beizutragen. Ein Erfolg ist es, daß über den allgemeinen Teil der Strafrechtsreform zwischen Deutschland und Oesterreich bereits eine Verständigung erzielt worden ist. Die

Leuna gegen Moskauer Unfug!

Wie überall 7000 gegen 12

Merseburg, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Drahtzieher der Kommunistischen Partei, die auf Kosten der streikenden mitteldeutschen Metallarbeiter und zu deren Schaden politische Geschäfte machen wollen und zu diesem dunkeln Zweck in einem parteiamtlichen Unjuris Verbreitung der Kampfesfront und vor allen Dingen Einbeziehung der Leuna-Arbeiter forberten, unter Begeiherung der Führer des Metallarbeiterverbandes, haben von den Leuna-Arbeitern eine derbe Abfuhr erhalten. Eine Vertrauensmännerversammlung der freigewerkschaftlichen Leuna-Arbeiter besaßte sich am Mittwochabend mit der Streiklage und nahm folgende Entschliessung an:

Die heute im „Zwölft“ tagende Vertrauensmännerversammlung des Leunawerks nimmt Kenntnis von dem Kampfe der Metallarbeiter in der mitteldeutschen Metallindustrie. Sie spricht den Kämpfenden und der Leitung das größte Vertrauen aus und weist die Einmischung der kommunistischen Partei in diesen Kampf entschieden zurück. Sie erwartet den vollen Sieg der Arbeiterschaft und ihrer gerechten Forderungen.

Diese schallende Ohrfeige ist mehr, als die kommunistischen Drahtzieher ertragen können. Sie haben, als sie ihre Kampfbereitungsforderungen unter großer Hebe gegen die Gewerkschaftsführer in die Welt posaunten, nicht damit gerechnet, daß die Belegschaft der Leunawerke, oder doch ihre Vertrauensleute, die Probe aufs Exempel machten. Und nun die scharfe Abfuhr. Schlimmer noch für die Kommunisten, daß damit öffentlich festgestellt worden ist, daß sie selbst in ihrer einstigen Hochburg völlig abgewirtschaftet haben. Ueberall steht ihr wirkliches Kräfteverhältnis zu dem großen Lastermaul wie schon auf der großen Kundgebung der Metallarbeiter in Magdeburg festgestellt werden konnte, im Verhältnis wie 7000 zu 12 ganzen Stimmen. Nur weiter so, und sie heken sich selbst kaputt.

Waffen für zehn Divisionen eingeschmuggelt

Die gemeinsame Beschwerdenote

Die Staaten der Kleinen Entente haben sich nunmehr über den Text ihrer gemeinsamen Beschwerdenote an den Völkerbundsrat bezüglich des Vorfalls an der österreichisch-ungarischen Grenze geeinigt.

Der Belgrader Berichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem rumänischen Gesandten Emmandy, der ihm versicherte, daß die Kleine Entente trotz allen Druckes doch gegen die ungarischen Waffenschmuggelungen protestieren werde. Darüber herrsche volle Einigkeit bei den beteiligten Regierungen. Man habe unwiderlegbare Dokumente in der Hand, die beweisen, daß der jetzt entdeckte Waffenschmuggel der zehnte dieser Art sei. Ungarn habe seit der Aufhebung der Militärkontrolle schon so viel Waffen eingeschmuggelt, daß es mindestens zehn kriegstarke Divisionen ausrüsten könne.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei gab am Dienstag im Abgeordnetenhaus bekannt, daß als Expeditur der an der österreichisch-ungarischen Grenze beschlagnahmten Waffen eine ungarische Firma in Frage komme. Ungeklärt sei dagegen die Frage, für wen die Sendung unter falscher Deklaration bestimmt war. In Anbetracht dessen sei natürlich der Verdacht aufgetaucht, daß es sich um Konterbande nach Ungarn handle, dem die Einfuhr von Waffen und Munition aus dem Ausland verboten sei.

Der stellvertretende Ministerpräsident verwies zum Schluß seiner Erklärung darauf, daß es sich um eine selbst-

ständliche Pflicht des Völkerbundsrats handle, wenn er sich der Angelegenheit annehme. Die Tschechoslowakei und die andern zur Kleinen Entente gehörenden Staaten hätten sich deshalb entschlossen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf den Vorfall von Sankt-Gothard zu lenken. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen liege daher nur beim Völkerbundsrat.

Sturm im Prager Parlament

Prag, 26. Januar. Die Abstimmung über die Erklärung des Ministerpräsidenten über den Waffenschmuggel von Szent-Gothard vollzog sich erst in später Nachtstunde mit großem Tumult. Die Sozialisten riefen den Kommunisten zu „Sorthy-Agenten“.

Die Regierungserklärung wurde mit 165 gegen 14 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen.

Völkerbunds-Entscheidung im März

Wien, 26. Januar. In der rumänischen Kammer wurde der stellvertretende Außenminister am Mittwoch über die Verzögerung des Einschreitens der Kleinen Entente in der Sankt-Gothard-Affäre interpelliert.

Die Antwort lautete dahin, daß die Staaten der Kleinen Entente ihre Interessen mit größter Energie vertreten würden. Vorläufig habe man aber noch Zeit, da sich erst die Ratstagung des Völkerbundes vom 5. März mit der Angelegenheit befassen werde.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Ankündigung des Reichsjustizministers, daß er das Ziel einer weitern Rechtsangleichung zwischen der deutschen und der österreichischen Republik verfolgen würde, begrüßen wir. Ich mache in diesem Zusammenhang auf ein Gesetz aufmerksam, das besonderer Beschleunigung bedarf, das ist das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Ein solches Gesetz gehört zwar zu dem Messort des Reichsinnenministers, hoffentlich ist aber die Autorität des Reichsjustizministers stark genug, um Herrn v. Neudell zur Beschleunigung zu veranlassen, damit auch hier die Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich zum Ausdruck kommt. Es ist kein Vergnügen, immer auf die Vertrauenskrise in der Justiz hinzuweisen. Ich wäre glücklich, einen Etat zu erleben, bei dem ich mich auf die Besprechung von einzelnen Positionen beschränken könnte. Voraussetzung dazu ist aber, daß wir

Rechtsangleichung der zwei Länder darf sich nicht auf das Strafrecht beschränken, sie muß sich auch auf das Zivilrecht erstrecken. Die systematische Reform der Gesamtjustiz muß allerdings noch kommen. Sie kann erst entstehen, wenn die Einzelgesetze unter Dach und Fach gebracht sind. Ich bestreite, daß das deutsche Volk kein Vertrauen mehr zu den deutschen Richtern hat, man kann lediglich davon reden, daß einzelne Urteile zur Kritik herausfordern.

Der Minister erklärt schließlich, daß er es rundweg ablehne, über eine Vertrauenskrise der Justiz sprechen zu lassen, denn dadurch werde nur Beunruhigung in den Richterstand hineingetragen. Dagegen sei die Politik von unten, die Einflußnahme der Öffentlichkeit auf die richterliche Handlung so stark gewachsen, daß man diesen Zustand geradezu als großen Unfug bezeichnen müsse.

eine einwandfreie Rechtsprechung

haben und nicht immer wieder Vorgänge feststellen müssen, die deren Vorhandensein bezweifeln lassen. Daß von einer solchen einwandfreien Rechtsprechung nicht die Rede sein kann, beweisen immer wieder neue Fälle.

Wenn dem Herrn Justizminister diese Kritik nicht gefällt, dann hätte er sich zunächst an die ihm nächstliegende Presse wenden müssen. Bei der Beurteilung der Feiern in der „Deutsche Tageszeitung“ von einem Wuturteil gesprochen, und von einer Robustheit des Gewissens bei den urteilenden Mitgliedern. Der Redner berichtet dann über folgenden Fall: In dem ostpreussischen Städtchen Liebstadt hatte ein jüdischer Arbeiter an einer Festlichkeit des christlichen Landarbeiterverbandes teilgenommen, bei der jeder erscheinen konnte, der sich eine Eintrittskarte gekauft hatte. Ein anderer Arbeiter verlangte, daß er den Saal verlasse, weil Juden an der Feier nicht teilnehmen dürften. Der jüdische Arbeiter wandte sich an den Vorsitzenden, der ihm das Verweilen im Saale gestattete. Darauf wurde er von dem anderen Arbeiter beleidigt und geschlagen. Das Gericht verurteilte den Mann zu 20 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung, und in der

Begründung des Urteils

führte es aus, daß der Kläger sich alles hätte gefallen lassen müssen, weil er als Jude ein christliches Fest besucht habe. Daß der Vorwand ihm das Verbleiben im Saale gestattet habe, ist nicht erheblich, weil dieser ein einfacher Arbeiter und deshalb nicht imstande sei, die vom Gericht gebrauchten Gedanken zu entwickeln. (Hört, hört! links.)

In einem andern Falle hat das Reichsgericht die

Anbrandbarmachung von Maschinen

in einer kommunizierten Dunderlei durch die Polizei für berechtigt erklärt, weil „der Staat in Notwehr“ handle und die Pflicht habe, sich gegen Angriffe auf ihn zu schützen. Das Recht der Notwehr gibt es nicht, wenn ein Eingriff einer Polizeibehörde sich nicht auf ein gegebenes Gesetz stützt. Seitdem das von mir erwähnte Urteil ergangen ist,

wankt einfach der Rechtsboden

unter unsern Füßen. Dann kann man aus dem Gesichtspunkt der Notwehr jeden Verein auflösen, jede Versammlung unterdrücken. In weit höherem Maße gilt das noch für das Gebiet des Strafrechts. Der vierte Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz von Lorenz hat in einem Urteil vom Oktober 1927 einen verantwortlichen zeichnenden Redakteur der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“ für einen zum Hochverrat auffordernden Artikel verantwortlich gemacht und ihn als wahren Täter bestraft, obwohl er in der Zeit des Erscheinens des Artikels

im Ausland

gewohnt hat und in seiner Abwesenheit sein Name als verantwortlicher Redakteur jenseitsgeblieben war. Das Reichsgericht hat in seinem Urteil ausgesprochen, daß er als Leiter einer Zeitung der kommunistischen Partei gar nicht anders hätte handeln können, als den Artikel aufzunehmen und weil er im übrigen auch sich selbst für die Propagierung der hochverräterischen Ziele der kommunistischen Partei mit Eifer eingesetzt habe. (Abg. Dr. Friedl (Nat. Soz.): Das Urteil ist immer noch nicht so schlimm, wie das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Berlin.) Landsberg erwidert dem Vorsitzenden: Wenn wir den Glat des Reichsinnenministers zu behandeln hätten, dann würde ich Ihnen darauf die Antwort gegeben haben.

Der Redner erwähnt dann einen Artikel eines böhmischen Blattes, in dem der Austriak Ehrhardt aus dem Stahlhelm als entschlossene Tat begrüßt wurde, weil Ehrhardt nicht gewillt sei, den Gedanken einer Revolutionierung nationalsozialistischer Massen aufzugeben und worin es weiter heißt: „Wir bekennen uns nach wie vor zur Revolution!“ Auch Lenin ist in derselben Nummer dieses böhmischen Blattes als Revolutionär bezeichnet worden. Danach trägt aber kein Glat. Ich führe den Fall des Oberlandrats Jentia in Hamburg an, der wegen angeblichen Hochverrats auf Veranlassung des Reichsanwalts verhaftet worden ist, obwohl bereits ein Gericht denjenigen mit schwerer Strafe bedroht hatte, der Jentia noch weiter des Hochverrats bezüchtigen würde. Angerufen ist allerdings, daß der Oberreichsanwalt nach 5 Tagen selbst die Freilassung Jentias beantragt hat. Das aber ist nicht an der Tatsache, daß das höchste Gericht des Reiches sich eines so schweren Irrtums schuldig gemacht hat. Solche Fälle einer Justiz haben

mit einer wirklichen Rechtsprechung nichts gemein.

Gegen den Abgeordneten Höllein hat jahrelang ein Verfahren geendet, weil er einen Parteifreund als Ernährungsminister bei einer in Mecklenburg ebl. zu errichtenden Regierung vorgeschlagen hatte. Erst durch die Amnestie im Jahre 1925 ist dieses Verfahren

eingestellt worden. Immer wieder richtet sich die Justiz gegen links, aber niemals gegen rechts, wie auch

ber Fall Claf

allen Zweifeln klar beweist. Im Mai 1926 leitete der Berliner Volksparteipräsident gegen Justizrat Claf, den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, eine Untersuchung wegen Hochverrats ein. Der Oberreichsanwalt beantragte im Juni 1927 in einem 60 Seiten langen Gutachten beim Reichsgericht die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung der Untersuchung. Das Reichsgericht hat im Oktober diesem Antrag stattgegeben und zwar rein formalmäßig, ohne ein Wort der Begründung. Claf hielt die Weimarer Verfassung nicht; nur zu ihrem Artikel 48 ist er im heißen Siebe entbrannt. Claf hat bei seiner Vernehmung zugegeben, sein Ziel sei der böllische Staat und die böllische Diktatur, er wolle das jedoch ausschließlich durch verfassungsmäßige Mittel bewerkstelligen, entweder durch propagandistische Beeinflussung des Volkes bei den Wahlen oder auch in der von ihm für verfassungsmäßig gehaltenen Weise, daß der Reichspräsident, um der steigenden wirtschaftlichen Not Deutschlands zu steuern, bei einer Kabinettskrise eine sogenannte Regierung der sachlichen Arbeit berufen solle. Wenn diese Regierung das Vertrauen des Parlaments nicht habe, solle der Reichstag aufgelöst werden, und falls er dann die Maßnahmen nicht billige, wiederum aufgelöst werden. Sollten dann Unruhen kommen, so solle der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Maßregeln ergreifen und einer geeigneten Persönlichkeit die vollziehende Gewalt übertragen. Der Reichstag könne wiederholt aufgelöst werden und die vom Reichspräsidenten eingesetzte Persönlichkeit könne bei etwaigen Unruhen als Inhaber der vollziehenden Gewalt auf Zeit von einer Wahl des Parlaments absehen. Das ist

die Patentlösung des Herrn Claf,

die uns herrlichen Zeiten entgegenführen soll. Herr Claf macht sein politisches System, wie die Erfinder, die immer ganz dicht vor der Erfindung des Perpetuum mobile stehen. Wer ist nun der Mann, der nach Meinung des Herrn Claf berufen sein würde? (Zwischenruf links: Luther!) Nein nicht Herr Luther, der ist schon wegen Locarnos nicht geeignet, sondern unser Kollege Herr Eugenberg (Heiterkeit), der im „Sozialanzeiger“ im politischen Teil zur Hebung des Intellekts seiner Leser ebenso beiträgt, wie im Inneren der Partei die Hebung deutscher Jugend und Sitte. (Heiterkeit.) Claf schrieb damals, Eugenberg gelte für einen staatsmännlichen Kopf, er habe unbeeingene Zuträuf bewiesen, er sei in der schweren Zeit der beste Berater und könne die Fragen meistern. Als Herr Höllein mal bei einem guten Mahle jemand sagte, er würde ihn zum Ernährungsminister von Mecklenburg-Schwerin machen wollen, wurde ihm das als Hochverrat ausgelegt. (Heiterkeit.) Herr Claf beantragte 15 Generale, dem Reichspräsidenten eine Interpellation zu überreichen, die sogenannte Generalinterpellation, worin der Reichspräsident beschworen wurde, die Klage des Herrn Claf durchzuführen. Herr Claf arbeitete ein Erprofs aus, aber der Reichspräsident lehnte selbstverständlich die Zustimmung des Herrn Claf ab und erklärte, daß er Maßschläge von unzulänglicher Seite nicht annehmen könne, er verlasse sich ausschließlich auf seine verantwortlichen Berater. Was Herr Claf dem Reichspräsidenten zumutete, lief auf einen traffen

Staatsstreik

hinaus, auf einen Putz von oben. (Sehr wahr! links.) Das Ziel des Herrn Claf, er leugnet es nicht, war der Sturz der Verfassung und die Wiederherstellung der Monarchie. Er schrieb an den Kaiser in Holland. Seine Majestät könnte versichert sein, daß die um ihn, Claf, geschickten Getreuen mit unerschütterlichem Willen am Werke seien, mit dem Ziel, in dem geeinigten und befreiten Vaterland das Hohenzollernhaus wieder einzusetzen. Dieses Ziel glaubte Herr Claf auf Grund des Artikels 48 in legaler Weise erreichen zu können. Der Artikel 48 ist zum Schutze der demokratischen Verfassung gegeben, aber nicht zu ihrer Vernichtung. (Sehr richtig! links.) Nach Artikel 48 kann der Reichspräsident zur Wiederherstellung der Ordnung Maßnahmen ergreifen, aber niemals hat er das Recht, die ganze Verfassung zu beseitigen und den Reichstag zu verjagen und die Monarchie wieder herzustellen. Galt der Justizminister diese meine Interpellation für richtig oder die des Herrn Claf? Der Oberreichsanwalt erklärt, daß der Artikel 48 unstritten sei, es sei nicht ausgeschlossen, daß Claf seine Pläne für rechtlich gehalten habe. (Hört, hört! links.) Aber niemals kann man doch behaupten, daß der Artikel 48 zur gänzlichen Vernichtung der Weimarer Verfassung mißbraucht werden darf. Es ist mir unverständlich, wie der Oberreichsanwalt einem Recht habenden Manne, wie Herrn Claf, den guten Glauben zubilligen kann.

Ein Kommunist,

der nur einen Teil von dem versucht hätte, was Herr Claf unternahm, würde sich für lange Zeit nicht um ein Quartier zu kümmern brauchen. (Sehr richtig! links.) Wir bedauern die Be-

strebungen der Diktatur von rechts ebenso wie die Anpreisungen der Apostel von links. Versuchen Sie es nur damit, Sie werden bei den Massen des deutschen Volkes auf Granit stoßen.

Die verschiebenartige Behandlung der Angeklagten

von links und rechts durch das höchste Gericht führt nicht zur Korruption, das ist schon Korruption. Hier gibt es Erziehungsarbeit zu leisten. Besonders wirkungsvoll kann sie allerdings nur geleistet werden von einer Zentralstelle; deshalb sollte sich der Reichsjustizminister der Übertragung der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich nicht widersetzen. Sie wird kommen, weil sie kommen muß, und wir begrüßen sie heute schon. (Lebhafte Beifall h. d. Soz.)

Reichsjustizminister Herzt:

Der Fall Claf hat allerdings Aufsehen erregt. Sie wissen ja, daß damals Gausfuchungen bei höchst ehrenwerten Männern vorgenommen wurden. (Große Unruhe und Zurufe links.) Die Strafverfolgung und die Maßnahmen der preussischen Polizei gingen von Voraussetzungen aus, die sich nachher als ganz irrig herausgestellt haben. Man nahm damals an, daß Claf eine unmittelbare Gewaltanwendung plante. Wenn der Oberreichsanwalt der Meinung ist, daß ein schlüssiger Beweis gegen die subjektive Auffassung von Claf nicht geführt werden kann, so muß die Meinung des hohen richterlichen Beamten respektiert werden. (Abg. Landsberg (Soz.): „Sind Sie derselben Meinung wie der Oberreichsanwalt?“ Ich sehe gar nicht ein, weshalb ich mich hier vom Abg. Landsberg durch solche Frage stellen lassen soll! (Große Unruhe links, Rufe: „Claf als Justizminister!“) Gegenrufe rechts, Abgeordneter Graf erhebt um Rufe.) Alle Behauptungen, daß die Entsendung des Oberreichsanwalts durch mich beeinflusst worden sei, sind erfunden und erlogen. Ich habe den Oberreichsanwalt lediglich um eine Bescheinigung des Verfahrens erzuht. Schließlich war auch der Oberreichsanwalt nicht allein entscheidend, sondern das ganze Reichsgericht hat ihm zugestimmt. (Beifall rechts.)

Abg. Lohmann (Dt.-natl.): Eine gewisse Vertrauenskrise in der Justiz läßt sich nicht leugnen. Als ihre Ursachen werden angeführt Volksfremdheit des Rechts, Rechtsfremdheit des Volkes, Weltfremdheit der Richter. Dazu kommen die Vorwürfe der Klassenjustiz und politischen Justiz. Eine gewisse Volksfremdheit des Rechts ist eingetreten durch die Übernahme des römischen Rechts. Hier ist schon viel Reformarbeit geleistet worden. Daß auch bei den Richtern manche Mißgriffe vorgekommen sind, wird niemand bestreiten. Viele Richter haben sich mit der Staatsumwälzung und der neuen Staatsform innerlich noch nicht abgefunden.

Die Weiterberatung des Stats wird um 18.45 Uhr auf Donnerstag 14 Uhr vertagt, nachdem noch ohne Debatte das zweite Gesetz über wertbeständige Hypotheken in allen drei Lesungen angenommen worden ist.

Reinerverversorgungsgesetz

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags setzte die Regierung am Mittwoch ihren Streit gegen den scheinbaren Versuch der beiden Rechtsparteien, ein Reinerverversorgungsgesetz zu schaffen, beharrlich fort. Die Sachlage ist die, daß das Gesamtkabinett die Frage, ob ein besonderes Reinerverversorgungsgesetz zu schaffen sei, zurückstellen will bis zur Beendigung der Statsberatung. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die vor 2 Monaten sich diesem Verlangen der Regierung angeschlossen, wollen jedoch jetzt die Beratung durchzuführen. Das Zentrum beugte sich diesem Versuch widertwillig.

Der Vorschlag der Zentrumsbereiter, die ganze Frage wegen ihres Zusammenhanges mit der Aufwertung an den Rechtsauschluß zu verweisen, stieß auf den scharfsten Widerstand der Sozialdemokratie und wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Koch wandte sich gegen jeden Verschleppungsversuch, bezweifelste aber auch, ob die Rechtsparteien ein ehrliches Spiel treiben. Bei Beratung des § 1 des von den Demokraten beantragten Reinerverversorgungsgesetzes setzte sich sodann die Deutsche Volkspartei dafür ein, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur der Kleinrentnern zu gewähren, die ein altes Goldmarkvermögen von mindestens 10000 Mark oder ein Zinseinkommen von wenigstens 500 Mark jährlich gehabt haben. Dabei soll das Einkommen aus getretetem alten oder aus

Vom Kritizieren zum Genießen

Das ist ein Thema, das uns angeht, ein Problem, das über das Lebensglück des Menschheitsunterstande aufhebt. Vom Kritizieren zum Genießen — so hatte Professor Dr. Volz bei seiner Vortrag behauptet, den er auf Einladung des Kunstvereins am Mittwoch in der Stadthalle hielt. Vom Kritizieren zum Genießen, — wie launten wir auf die magische Formel, die uns inhand setzen konnte, aus unserm Alltag einen ewigen Festtag, aus untrer Arbeit einen Gewinn zu machen!

Also wir waren ganz Ohr. Da trugten wir dann zunächst einen leichten Schok, als der Vortragende mit Goethes gemühtem Worte begann: Schlägt ihn tot, den Hund; er ist ein Reagenzglas. Wir lugten nach der Saalmit, ob sie nicht vielleicht schon beripert wäre; wir suchten nach einer Chance, dem drohenden Majakder zu entgehen. Aber Professor Volz hat ein Herz auch für den Kritiker. Nach dem Titel des geistigen Festes wiegelte er nicht auf, nein, — vielen Dank, Herr Professor! — er wiegelte ab. Zunächst einmal dadurch, daß er von uns Spezialisten abließ und von dem Kritiker sprach, der in jedem Menschen sieht, von dem Herz und Drang nach des Laien-Kunstbetrachters, zu vergleichen, zu urteilen. Da trugten wir wieder Mut, sprächen nicht mehr nach einer Neigungslosigkeit aus und konzentrierten uns anlos auf die Fragen und von Liebe zur Kunst erwarmanen Worte des Redners.

Zunächst blieb er bei Goethe, dem er einen Festhritt in der Kritik nachwies (er meinte nicht den Fall Kleist). Der junge Goethe hatte durch seine Leipzig'scher Lehrer und Freunde ein festes Vorurteil gegen die Gotik müberkommen. Als er dann nach Straßburg kam und das herrliche Münster sah, war er demnagen gefesselt, daß er mit Verber unablässig die Formengeße des Ganzen, den Sinn jedes Details und damit den Vangebauken der Gotik studierte. Bis er zu dem Schluß kam, daß auch die mittelalterlichen Meister viel gewollt und viel gelernt haben. In einer Schrift über den Erbauer des Straßburger Münsters, Erwin v. Steinbach, hat er dann bekannt, daß er von einem Saulus zu einem Paulus geworden war.

Und auf diesem Weinen und für uns so erschrecklichen Umweg wurde uns dann Goethe wieder einmal als Vorbild hingestellt. Kritizierendes und liebevolles Versehen in eine Kunstleistung und Gestaltungsweise, die uns zunächst unbetraut und scheinbar wefensfremd sein mögen, vorurteilloses Gineindenken und Gineinfühlen in einen Stil oder eine Ausdrucksart: das sei es, was nötig wäre, um oft von der Ablehnung zum Verständnis, vom Kritizieren zum Genießen zu gelangen. Es gelte in jedem Falle den gestalteten Kern eines Kunstwerks zu erkennen, um ihm gerecht zu werden, seine Idee und sein Formgeße herauszuspüren.

Das Schöne ist nicht so sehr eine Frage der Anschauung und des Geschnads, wie wir oft glauben, sondern fast ein Akt. Die elementaren Schönheitsgesetze sind allen Kunstproben von der Antike bis zum Futurismus gemeinsam: die Harmonie der Masse, der Rhythmus der Linie, der Klang der Bewegung. — Durch Gegenüberstellung von (übrigens ausgezeichneten) Bildnissen wies der Vortragende dieses Gemeinsame nach. Da erkannte man dann, daß eigentlich in den verschiedenen Kunst-

Epochen nur die Art des Vortrags verschieden ist, während ein ewiges, durch die Natur vorgezeichnetes Kanon über die wahre Schönheit einer bildnerischen Tat entscheidet. Der Wert und das Wesen des Gedankens machen die Bedeutung eines Bildes aus und nicht die Art der Auffassung, die überzeugende Sprache der Persönlichkeit und nicht die Richtung der Zeit, nicht der Stil. So konnte man in einem Wibe „Offize“ von David Rasfar Friedrich (ein Landtagsabgeordneter des 18. Jahrhunderts) dieselben Ausdrucks-elemente und Ideen erkennen, denselben Stimmungsgelalt wie in einem kubistischen „Offize“ Gemälde von Lyonel Feininger.

Professor Volz hat es zum Schluß nicht noch einmal gesagt, darum wollen wir es hier festhalten, sonst schlägt man uns doch noch einmal tot: Jeder Mensch ist ein Kritiker und jeder Mensch kommt zu Ablehnungen von Dingen, die andern Menschen wert und heilig sind. Will er über das fallige Vergnügen einer intellektuellen Urteilsabgabe hinauskommen, dann muß er sich — ähnlich wie Goethe der Gotik gegenüber — möglichst vorurteillos in den Gegenstand seiner Betrachtung, in dessen Gedanken versenken; er muß auch im Befremdlichen nach dem Schönen und Erhabenen suchen und das aller Kunst Gemeinsame herausfühlen, dann kann er — zum Teil der Kunst und oft zu seinem — vom Kritizieren zum Genießen gelangen.

Friedrich von der Trend

In der Magdeburger Bibliotheksgesellschaft hielt Dr. v. Vincenti, der Direktor untrer Stadtbibliothek, einen äußerst interessanten Vortrag über Friedrich von der Trend, der durch seine 10jährige Gefangenenschaft in der hiesigen Zitadelle und der Sternenschanze das besondere Interesse der Magdeburger verdient.

Mit unerbittlicher Strenge verurteilte Dr. v. Vincenti ein klares Bild von dem Leben dieses verwegenen Abenteuerers Gagliostro'schen Formats zu geben, der in seiner berühmten Lebensbeschreibung in einem fort sich selbst beweihräuchert, und um den die Nachwelt einen Kranz von Legenden und Geschichten gemoben hat. Von der Trend hat es mit der Wahrheit nie streng genommen und sein Leben lang geschwindelt wie das Gockmaul Scholmuffst, die Pantoffelgeßalt des Dichters Christian Reuter. So ist er zum Beispiel in Neuhaldensleben geboren, und nicht, wie er selbst angibt, in Königsberg (das als Kronungsstadt für ihn scheinbar bessern Klang hatte), hat niemals Voltare gesehen, dessen Bekanntheit er sich rühmt, hat nicht die Schlacht bei Soor mitgekämpft, die er als „Augenzeuge“ genau beschreibt, und hat viele Dinge nicht erlebt und gesehen, von denen er berichtet.

Ausführlich behandelte dann Dr. v. Vincenti, unterstützt von Lichtbildprojektionen zeitgenössischer Wiber, sein eigentliches Vortragsthema: Die 10jährige Festungszeit von der Trends in der Zitadelle und der Sternenschanze untrer Stadt. Er wandte sich gegen das Märchen, daß man in die Zelle des Gefangenen dessen eignen Leichenstein eingemauert hat, und ist der Ansicht, daß die Haft von der Trends nicht so streng gewesen sein kann wie sie allgemein beschrieben wird. Hätte er zum Beispiel

dauern in so schweren Einzelzellen gelegen wie man ihn nach seiner eignen Beschreibung abgebildet findet, dann wäre es wohl unmöglich gewesen, daß er eine Anzahl von Zinnschekern mit feinen Ritzezeichnungen hätte ausführen können. Dr. v. Vincenti war in der glücklichen Lage, neben wertvollen Autogrammen zwei von diesen unihlig gezeichneten Zinnschekern im Original zu zeigen.

Im zweiten Teile seines Vortrags versuchte dann der Redner das geheimnisvolle Dunkel aufzuklären, das über der Liebesaffäre von der Trends mit der Prinzessin Analka von Preußen, der Schwester Friedrich des Großen, liegt. Er bezweifelt sehr stark, ob zwischen beiden tatsächlich jemals ein wirriges Herzensverhältnis bestanden hat, und stützte seine Hypothese mit Gründen, die sowohl einleuchtend wie überzeugend. Nach der Meinung des Vortragenden hat von der Trend diese ganze Liebesaffäre nur erfunden, um für seine Gefangenenschaft und seine Schloßerklörung einen Grund zu haben. Indem er sich als ein Opfer der despotischen Willkür Friedrich II. hinstellt und sich so zum bemitleidenswerten Märtyrer macht, versucht er, sich reinzuwaschen und über die tatsächlichen Gründe seiner Bestrafung hinwegzutäuschen, die zumindest in verführter Spionage bestehen.

Hat Dr. von Vincenti in seinen Ausführungen uns ein gut Teil untrer Illusion genommen, die wir uns über von der Trend gemacht haben, so bleibt uns die Gestalt dieses phantastischen Abenteurers, der so tragisch auf der Guillotine endete, immer noch interessant genug, und noch mancher mag sich an seiner den Lebensmurt sprechenden Selbstbiographie ergötzen. —ur.

Formgebung des Reiches . . .

Reichshauptwart Dr. Redlob sprach am Mittwoch im Bürgeraal des Marktes über „künstlerische Formgebung des Reiches und der Stadt Magdeburg“. Zahlreiche Lichtbilder dienten zur Erläuterung. Durch den — sehr interessanten — Vortrag sollte Aufklärung geschaffen werden über die Bedeutung der Ausstellungen, die sich gegenwärtig in der Halle auf dem Ausstellungsgelände befindet. Redlob gab einen Einblick in das vielfältige Arbeitsgebiet des Reichshauptwarts, dessen Schaffen — im Gegensatz zu dem der andern Künstler — in hohem Maße autonom ist. Abgesehen von der Notwendigkeit, immer wieder auf die alten heraldischen Gesetze zurückzugreifen und Verfündigungen dagegen auszumergen (auch das Magdeburger Amtsblatt zieren fallische Adler), sind Symbole des Staates oder der Gemeinden von hoher Bedeutung für das Ansehen dieser Körperschaften, daß jahrelanges Zusammenarbeiten vieler Fachleute nötig ist, um so klare und so einbeutige der Gegenwart gemäße Formen herauszubringen, daß die neuen Siegel und Wappen einen Vergleich aushalten mit den vollendet geformten und durchdachten Symbolen des Mittelalters.

Wer diesen Vortrag hörte, wird mit doppeltem Interesse die Ausstellung im Stadtpark besuchen. Leider war die Zahl der Zuhörer nicht übermäßig groß. —

neuerworbenem Vermögen dieser Gruppe von Kleinrentnern nicht angerechnet werden.

Eine solche Regelung wurde von der Sozialdemokratie scharf bekämpft. Sie würde dahin führen, daß unter Umständen Kleinrentner mit einem früheren Vermögen von mehr als 10 000 Mark, die wieder in sehr guten Verhältnissen leben, eine Reichrente erhalten, während solche, die weniger als 10 000 Mark verloren haben und sich gerade noch knapp einen dürftigen Lebensunterhalt erwerben können, völlig leer ausgingen. Von ähnlichen Gesichtspunkten aus trat das Zentrum dem von den Demokraten unterstützten Antrag der Deutschen Volkspartei entgegen.

Die Regierung, die durch Beamte des Justiz-, des Finanz- und Arbeitsministeriums vertreten war, lehnte jede Mitarbeit ab und verweigerte auch jede Auskunft auf Fragen, die an sie gestellt wurden. Nicht einmal das notwendige Zahlenmaterial unterbreitete sie dem Ausschuss. Das Ergebnis der ersten prinzipiellen Abstimmung bestand darin, daß der volksparteiliche Antrag, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur Kleinrentnern mit einem früheren Vermögen von mehr als 10 000 Mark zu gewähren, mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Dafür stimmten nur die Vertreter der Volkspartei, der Demokraten und ein deutschnationaler, während zwei deutschnationale Abgeordnete den Antrag ablehnten.

Von der Sozialdemokratie ist inzwischen ein Antrag eingereicht worden, der den Kreis derjenigen, denen ein Anspruch auf Rente gewährt werden soll, nach unten erheblich erweitern will. Dieser Antrag wird die Grundlage der Weiterberatung bilden.

Luther erklärt . . .

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther hat der Öffentlichkeit am Mittwoch über seine Stellung zu seinem Pöstchen bei der Reichsbahnverwaltung eine lange Erklärung übermittelt, in der er klipp und klar ausspricht, daß es seine „politisch-moralische Pflicht“ sei, auf dem usurpierten 24 000-Mark-Pöstchen auszuharren. Er folgert so:

Der Staatsgerichtshof hat nicht gesagt, daß ich gehen soll; er hat nicht gesagt, daß ich gehen muß. Deshalb muß ich bleiben, bis Preußen durch einen neuen Prozeß vom Staatsgerichtshof einen genauen Bescheid erhält. Einseitigen halte ich mein Amt auf 6 Jahre fest, und kein Reichskanzler kann mich zu anderer Faltung umstimmen.

In Wirklichkeit ist die Ernennung von Luther zu unrecht und gegen den Protest der preußischen Regierung erfolgt. Aber das kümmert den widerrechtlichen Amtsinhaber des Sitzes der preußischen Regierung im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht. Die 24 000 Mark jährliche Einnahmen interessieren ihn mehr als der Rechtsstandpunkt. Das ist Herr Luther, wie er lebt und lebt! —

Die Splitterparteien

Berlin, 26. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Heute nachmittag treten im Reichstag die Fraktionsführer der großen Parteien zu einer Sitzung zusammen, in der der geplante Gesetzentwurf gegen die Splitterparteien beschlossen werden soll. An der Beratung nehmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten teil.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei werden — wie wir erfahren — mit größter Sorgfalt die gegebenen Anregungen prüfen und sich danach erst über ihre Stellungnahme schlüssig werden. Es wird insbesondere zu prüfen sein, ob nicht durch eine Änderung des bestehenden Wahlgesetzes das Auftreten kleiner und kleinster Splitterparteien bzw. -gruppen unmöglich gemacht werden kann, ohne allerdings die Wahlfreiheit irgendwie einzuschränken. —

Entwurzelung liegt vor . . .

Im Reichstagsausschuss für Kriegsschäden kam es am Mittwoch zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Regierungsparteien über die Fragen ob das vorliegende Gesetz als Schulgesetz oder als Zwischenschlichtung zu gelten habe.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Beratungen solange auszusetzen, bis diese Frage entschieden sei, wurde von den Regierungsparteien abgelehnt. Der Ausschuss erörterte dann den § 6 des Gesetzes, der in folgender Fassung angenommen wurde:

Entwurzelung liegt vor, wenn dem Geschädigten infolge des Schadens die wirtschaftliche Lebensgrundlage, die er bei Eintritt des Schadens hatte, entzogen worden ist. Bei der Entscheidung hierüber ist zu berücksichtigen, welchen Ersatz der Geschädigte außerhalb dieses Gesetzes und früherer Entschädigungsbestimmungen bereits erhalten hat oder erhält, sowie welche Gegenstände der Geschädigte zurückhalten hat und welche Beträge er durch unmittelbare Auszahlung des Liquidationserlöses oder des festgestellten Wertes erhalten hat oder erhält. Der Nachweis der Entwurzelung gilt als geführt, sofern der Geschädigte beim Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes im Nachentschädigungsverfahren als entwurzelt anerkannt worden ist.

Nach Annahme des § 6 beantragt Abg. Buchwitz die Streichung des § 7, der die Wiederaufbaufähigkeit definiert, weil der borgelegene Wiederaufbauschlag nichts anderes als eine einseitige Bevorzugung der größeren Geschädigten sei. Nach längerer Debatte vertagte sich dann der Ausschuss auf Donnerstag. —

Auch unter Groener Gesetzmethoden?

Der Chef der Marineleitung hat gegen das „Berliner Tageblatt“ im Zusammenhang mit der Pieler Munitionssache Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt. Die angeblich beleidigten und verleumdeten Personen sind der Oberleutnant zur See Broke und der Oberregierungsrat im Reichsmarineamt Weuster. Sie sollen nach den Feststellungen des „Berliner Tageblattes“ beide in der Pieler Munitionssache verwickelt sein.

Der Zweck der Klage ist nach den Feststellungen des Reichsmarineamts u. a., die erwünschte Klärung über die noch dunkle Affäre zu bringen.

Diese Klage des Reichsmarineamts berührt mehr als merkwürdig. Man verlagert, um gleichzeitig Aufklärung über eine dunkle Affäre zu schaffen, obwohl dazu für das Reichsmarineamt, als die vorgelegte Behörde des Oberleutnants zur See Broke und des Oberregierungsrats Weuster u. E. andre und einfachere Möglichkeiten bestehen. Warum stellt man vor der Öffentlichkeit nicht einfach klipp und klar fest, daß die genannten Herren mit der Affäre nichts zu tun haben und deshalb ihre Namensnennung im Zusammenhang mit der dunklen Angelegenheit auf eine Beleidigung bzw. Verleumdung hinausläuft? So hätte man überzeugend gewirkt, während das jetzt in Anwendung gebrachte Verfahren an die unter Gesler beliebte Methode der Verschleierung erinnert. Man tut unschuldig, aber den Beweis dieser Unschuld — läßt man bis auf weiteres dahingestellt.

Demnach scheint sich also auch unter dem neuen Mann im Reichswehrministerium nichts zu ändern.

Aber nebenbei: Ist es richtig, daß der Kapitän zur See Broke Anfang Januar, als die Munitionssache aufgedeckt wurde, in Kiel gewesen ist? Was hat er dort getan und in wessen Auftrag weilte er dort? —

Die Kämpfe im Zentrum

Am Sonnabend und Sonntag tagt in Berlin der Parteivorstand des Zentrums. Viel dürfte auch dabei nicht herauskommen. Man wird wahrscheinlich die Politik des Bürgerbunds in aller Ausführlichkeit erörtern und seine Versprechungen mit seinen Taten vergleichen. Das Ende vom Viere wird schließlich sein, daß man eine beruhigende Erklärung für die Anhänger im Lande losläßt und für die Zukunft neue Versprechungen macht. An irgendwelche Konsequenzen denkt zunächst weder der rechte noch der linke Flügel.

Von einer Entspannung der gegenwärtigen Zustände im Zentrum kann deshalb auch nach der Sitzung des Parteivorstandes kaum die Rede sein. Die Gegensätze sind zu groß, als daß sie durch eine beruhigende Erklärung für die Zentrumswählerschaft von heute auf morgen beigelegt werden könnten. Gewiß ist erst dieser Tage der persönliche Streit zwischen Marx und Stegerwald nach außen behoben worden. Aber Stegerwald selbst hat jetzt einem Vertreter der „Wiener Freien Presse“ gegenüber festgestellt, daß die „sachlichen Gegensätze fortbestehen: Der Kampf im Zentrum sei jetzt erst im Anfang, er werde ein Kampf um das Zentrum sein. Die christlichen Gewerkschaften mühten eine vollständige Umgestaltung des gesamten Parteiapparates verlangen“.

Diesen Neußerungen hat Stegerwald zwar am Mittwoch ein Dementi entgegengesetzt. Es bedarf trotzdem keiner Frage, daß sie in einer persönlichen Unterredung mit dem Vertreter der „Wiener Freien Presse“ gefallen sind. Stegerwald hat diesem Zeitungskorrespondenten schon öfter sein Herz ausgegühtet und unterhält zu ihm eine Art Vertrauensverhältnis. Andererseits können wir seinen Wunsch verstehen, daß die offenen Worte nicht in die Öffentlichkeit dringen sollten. Aber nachdem das geschehen ist, hätte er besser getan, sie nicht abzustreiten, zumal er in letzter Zeit auch noch andern Leuten ähnliche Gedankengänge entwidelt hat. —

Die Freunde der Todesstrafe

Für die in dem letzten Fememordprozeß zum Tode verurteilten Fememörder Schulz, Fuhrmann, Klapproth und Umhöfer, für deren Begnadigung die Rechtsprelle jetzt so warm eintritt, sind eine Reihe von Begnadigungsgesuchen bei den zuständigen Stellen eingegangen. Insbesondere für Oberleutnant Schulz haben sich die Offiziersverbände der alten Armee an den Reichspräsidenten mit einem Gnadengesuch gewandt. Der Reichspräsident hat dies an die zuständige Stelle, nämlich das preußische Ministerium, weitergeleitet.

Die preußische Regierung wird sich in den nächsten Tagen über das Schicksal der Verurteilten schlüssig werden. Es ist damit zu rechnen, daß eine Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe beschlossen wird.

Selbstverständlich sind wir auch dann mit der Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe einverstanden, wenn es sich um Fememörder handelt. Denn wir sind Gegner jeder Todesstrafe. Aber festgestellt zu werden verdient, daß dieselben Leute, die jetzt alles aufbieten, um die Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern, im Parlament alles aufbieten, um zu verhindern, daß die Todesstrafe abgeschafft wird. Sie sind Feinde der Todesstrafe nur von Fall zu Fall, nämlich dann, wenn es den Kopf eines Fememörders oder sonst eines „nationalen“ Mannes gilt. —

England ratifiziert nicht

Der britische Ministerrat hat am Mittwoch die Grundzüge seines Arbeitsprogramms für die nächste Session endgültig festgelegt. Wie verlautet, wurde unter dem Druck der Unternehmer die geplante Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und des Fabrikgesetzes fallen gelassen. Ferner kam man überein, das geplante Armengesetz den Agrariern zuliebe ebenfalls auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Dagegen soll in der kommenden Parlamentssession der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des weiblichen Wahlrechts auf sämtliche Frauen vom 21. Lebensjahr behandelt werden. Zweifelhaft ist jedoch, ob dieses Gesetz auch verabschiedet wird.

Der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften beschloß am Mittwoch, alles zu versuchen, um die von der Regierung abgelehnte Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durchzusetzen. Der Vertreter der englischen Arbeitnehmer im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wurde beauftragt, die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in der im März stattfindenden Sitzung wieder zur Debatte zu stellen und mit allem Nachdruck eine beschleunigte Ratifizierung zu fordern. —

Notizen

Rein Abbruch des Brandenburger Torres. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschloß am Dienstag mit einem kommunistischen Antrag auf Beilegung des Brandenburger Torres. Stadtbaurat Adler gab zu, daß das Brandenburger Tor stärksten Verkehr zu bewältigen habe. Täglich passieren in einer Richtung etwa 18 000 Fußwerk. Pläne zur Umwandlung des Platzes vor dem Brandenburger Tor lägen bereits vor, und sobald sie verwirklicht seien, werde eine lästige Entlastung eintreten. Eine Beilegung des Brandenburger Torres käme jedenfalls nicht in Frage. Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag erfolgt am Donnerstag. —

Nationalunter unter sich. In einer im Saalbau Rosen in Nürnberg am Montag abend vom Landsturm der Nationalsozialistischen Partei einberufenen Versammlung, die sich gegen den Führer der Nürnberger Nationalsozialisten, Landtagsabgeordneten und Stadtrat Hauptlehrer Julius Streicher, richtete, kam es zwischen Nationalsozialisten und Anhängern Streichers zu großen Schlägereien. Eine Reihe von Versammlungsmitgliedern trug Verletzungen meist leichter Art davon. Einige der Hauptbeteiligten, bei denen auch Waffen vorgefunden wurden, wurden von der Polizei zwangsgewahret. —

Einbruch bei den Deutschnationalen. In der Nacht zum Mittwoch wurde in dem Sekretariat der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags ein Einbruch verübt. Sämtliche vorhandenen Parteipapiere sollen durchwühlt und zum Teil mitgenommen worden sein. Die deutschnationale Landtagsfraktion versichert, daß Dokumente von großem politischen Wert in den Fraktionsräumen nicht aufbewahrt wurden. —

Waldemar bei Stresemann. Die Besprechungen zwischen Reichsaußenminister Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Waldemar dauerten am Mittwoch mehrere Stunden. Sie sollen — wie aus dem Auswärtigen Amt berichtet wird — in günstigem Sinne verlaufen sein. Am Donnerstag und in den nächsten Tagen werden die Beratungen unter Hinzuziehung der beiderseitigen Sachberater fortgesetzt. Man hofft, zu einer vollkommenen Vereinigung schwebenden deutsch-litauischen Streitfragen zu gelangen. Nach Abschluß der Besprechungen wird ein Kommuniqué über ihr Ergebnis auszugeben werden. —

Simsburg legt sein Mandat nieder. Der Privatkläger in dem Kölner Separatistenprozeß, Dr. Joseph Simsburg, hat nach dem Ausgang des Prozesses nunmehr sein Mandat als Mitglied des Reichstags Simsburg niedergelegt.

Intreuer Kirchenvorstand. In Schlettau im Erzgebirge sind in der Verwaltung der Kirchenkasse beträchtliche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Verschiedene Mitglieder des Kirchenvorstandes sollen eigenmächtig über den Betrag von rund 100 000 Mark verfügt haben. Einer der deutschnationalen Zeitträger befindet sich bereits in Haft. —

Wichtige Grabschänder. Vor dem Jugendgericht in Gerolzhofen (Franken) wurden ein Freizeugehilfe und ein Freizeulehrer wegen Grabschändung auf dem israelitischen Friedhof zu 2 Monaten bzw. 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte sind Mitglieder der sog. Wölflischen Freiheitspartei. —

Experimentierende Reichswehrkämpfer. Am Montag nachmittag wurde eine Funkabteilung des Giesener Reichswehrbataillon 1 beschlagnahmt und in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Es handelt sich um 5 Mann, die, wie einige Blätter behaupten, unter dem dringenden Verdacht der funkentelegraphischen Verbindung mit dem Auslande stehen. Die Untersuchung hat jedoch ergeben, daß es sich nur um ein Dienstvergehen handelt, nicht aber um Hoch- oder Landesverrat. Die fünf Beschäftigten haben entgegen ihren Dienstvorschriften auf eigene Faust Funkexperimente gemacht. Sie werden disziplinarisch zur Verantwortung gezogen. —

Gute Verwendung des Nobel-Friedenspreises. Der französische Pazifist Ferdinand Buisson, der zusammen mit dem deutschen Professor Ludwig Quidde den letztjährigen Friedensnobelpreis erhielt, hat den Betrag seines Preises für Werke des Friedens der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. —

48 Kantonesen hingerichtet. Wie aus Kanton berichtet wird, sind wieder 48 des Kommunismus verdächtige Personen hingerichtet worden. Ebenso sind vier kommunistische Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft verhaftet und erschossen worden. —

Marx in Boulogne verhaftet. Am Mittwoch wurde der kommunistische Abgeordnete Marx in Boulogne verhaftet. Marx ist einer der drei verurteilten kommunistischen Abgeordneten, die sich nach der Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität verborgen hielten. Der Aufenthalt der Abgeordneten Doriot und Duclos ist nach wie vor unbekannt. Der „Liberte“ zufolge hat sich die Polizei in dieser Affäre wiederum blamiert, indem sie den Begleiter Marxs unbeschädigt ließ. Er soll aber niemand anders gewesen sein, als der Abg. Duclos. —

Nein Todesurteile. Das Kriegsgericht in Casablanca hat zehn Senegalesen wegen Desertion im Kriege gegen Abd el Krim zum Tode verurteilt. —

Urteil im türkischen Kommunistenprozeß. Wolff meldet aus Konstantinopel: Das Gericht hat im Prozeß gegen die angeklagten Kommunisten das Urteil gefällt. 25 Angeklagte wurden freigesprochen, der Leiter der Organisation, Dr. Chefil Kusni, wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis zu 4 Monaten.

Russisch-japanisches Fischereiabkommen. Im Kommissariat des Neuzibers in Moskau wurde am Dienstag ein Fischereiabkommen zwischen der Sowjetunion und Japan unterzeichnet. Das Abkommen regelt eine Reihe Fragen, die sich aus dem seit jeher von japanischen Staatsangehörigen in den Pazifik-Gewässern der Sowjetunion betriebenen Fischfang ergeben. —

Ausdehnung der Schulspflicht in Frankreich. Der Bildungsausschuss der Pariser Kammer hat sich auf ich-wa-her Mehrheit für die Ausdehnung der Schulspflicht bis zum 14. Lebensjahr ausgesprochen. —

Depeschen

Urteil im Antisteprozeß

Ms. Berlin, 26. Januar. Das mit der Durchführung des zweiten Antistep-Urteils betraute Gericht hat jetzt, nachdem der vielgenannte Angeklagte Iwan Antister im Herbst vorigen Jahres während des Prozesses verstorben ist, das Urteil gegen ihn fertiggestellt, das nicht weniger als 500 Druckseiten umfaßt. Das Gericht würdigt in diesem Urteil sehr ausführlich die zweite Beweisaufnahme und kommt zu dem Schluß, daß Antister wesentlich milder bestraft worden wäre, und daß das Gericht nur auf Gefängnisstrafe erkannt hätte, wenn der Hauptangeklagte das Urteil erlebt haben würde. Das Gericht erblickt einen sehr erheblichen Milderungsgrund in dem Verhalten der früheren Staatsbankdirektoren Mühe und Hellwig, die es Antister nur allzu leicht gemacht hätten, seine Schwindelante auszuführen. Beide Beamte der Staatsbank hätten es jedoch an der in ihrem Amte unerlässlichen Sorgfalt fehlen lassen, und so sei auch durch ihr Verschulden die Schuld des Hauptangeklagten immer größer geworden.

Auch die übrigen Angeklagten sind in dem zweiten Urteil besser weggekommen, so wurde der Angeklagte Kaufmann Grieger, der frühere Direktor der Mechanischen Treibriemensfabrik in Tempelhof gänzlich freigesprochen, während der älteste Sohn Antisters, Alexander Antister, anstatt 6 Monate Gefängnis 3 Monate Gefängnis erhielt.

Gegen dieses Urteil hat Alexander Antister Revision eingeleitet, so daß nunmehr auch das Reichsgericht als dritte Instanz sich mit dem Falle des verstorbenen Antister befassen müssen. —

WEISSE WEBEREI - WAREN

in reichster Fülle
bringt unsere

Weisse Woche

BEGINN: MONTAG, 30. JANUAR!

1. Torverkauf:

Sonnabend,
d. 28. Januar!



Siegfried Cohn

WEBEREIWAREN * BREITENWEG 57-60

Magdeburger Angelegenheiten

Der Wohnungsbau in Preußen

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beriet am Mittwoch über den Etat des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt zu dem Kapitel „Wohnungs- und Siedlungsweesen“. Staatssekretär Scheidt machte dabei nähere Angaben über die Wohnungsbautätigkeit des Jahres 1927 und die Aussichten für das Jahr 1928.

Es seien — so führte Scheidt aus — in dem letzten Jahre rund 176 000 Dauerwohnungen fertiggestellt worden gegenüber rund 180 000 im Vorjahre. Rund 148 000 seien mit öffentlichen Mitteln gefördert, während nur etwa 28 000 Wohnungen ohne jegliche Unterstützung aus öffentlicher Hand errichtet worden seien. Außerdem wären noch rund 90 000 Wohnungen am 1. Januar 1928 im Bau begriffen. Das Jahr 1927 zeige gegenüber dem Jahre 1926 insofern einen sehr erfreulichen Fortschritt, als es nach den vorliegenden Zahlen möglich gewesen sei, neben dem jährlichen Neubedarf an Wohnungen in Preußen, der auf etwa 120 000 angenommen werden könne, den Fehlbefund im Jahre 1927 um rund 56 000 Wohnungen herabzumindern. (Gegenüber einer Verminderung um rund 10 000 Wohnungen im Jahre 1926.)

Hierbei dürfte aber nicht übersehen werden, daß die überaus günstig gelaufene Bauleistung des verflossenen Jahres nur möglich gewesen sei durch eine wesentliche Verringerung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuererträge des nächsten Jahres sowie durch eine sehr starke und schwerlich zu wiederholende Zuanpruchnahme der namentlich für erste Hypotheken in Betracht kommenden Kreditquellen. Soll die Konsolidierung dieses Vorgehens nicht zu einem starken Rückschlag in der Bautätigkeit des Jahres 1928 führen, der auf jeden Fall vermieden werden müsse, so muß rechtzeitig für die Beschaffung der fehlenden Mittel gesorgt werden.

Soweit sich heute übersehen lasse, könne der preussische Staat aus eigener Kraft die erforderlichen Wohnungsbaukosten in vollem Umfange nicht aufbringen. Es bleibe nur übrig, das Reich wie im Jahre 1926 an der Aufbringung durch Vergabe von Zwischenkrediten zu beteiligen und außerdem zu versuchen, durch Erleichterung des Pfandbriefgeschäftes im Ausland (Befreiung von der Kapitalertragssteuer u. dergl.) Auslandsmittel für den Wohnungsbau herbeizubekommen. Gleichzeitig aber müßte insbesondere von den geldgebenden Gemeinden energisch versucht werden, die Baukosten herabzumindern, wozu sie bei Prüfung der Anträge auf Hauszinssteuerhypotheken die Möglichkeit hätten.

Beiträge Kranker zur Arbeitslosenversicherung

In einer Reihe von Entscheidungen läßt der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Frage der Beitragspflicht arbeitsunfähiger Kranker zur Arbeitslosenversicherung. Wir entnehmen hieraus folgendes:

Nach § 69 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung, wer entweder krank- oder angestelltenversicherungs-pflichtig ist. Alle nach § 69 Abs. 1 des Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes versicherten Personen — das sind die krankversicherungs-pflichtigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 8600 Mark — sind auf Grund ihrer Krankenversicherungspflicht versichert. Bei ihnen steht und fällt mit der Pflicht der Beitragszahlung zur Krankenversicherung die Pflicht der Beitragszahlung zur Arbeitslosenversicherung. Sind im Fall einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit keine Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, so sind auch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abzuführen.

Anderes liegen die Verhältnisse bei den nach § 69 Abs. 2 des Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf Grund ihrer Angestelltenversicherungspflicht versicherten. Diese können in einem mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfall nur von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit werden, wenn sie von der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung befreit sind. Nach § 68 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes läuft aber die Beitragspflicht in der Angestelltenversicherung in Krankheitsfällen so lange weiter, als der Angestellte sein Gehalt fortbezieht. Entsprechend sind also, so lange das Mitglied sein Gehalt weiterbezieht, auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abzuführen.

Kindererziehung auf der Straße

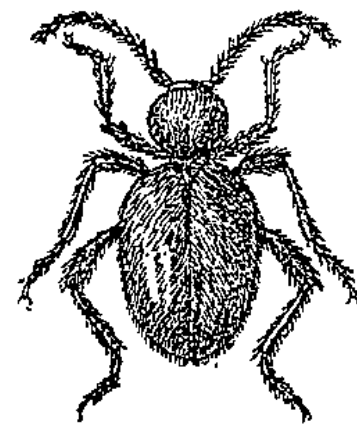
Der Brennpunkt unseres öffentlichen Lebens ist heute die Straße. Ein Aufmerksamer kann auf ihr manche Erfahrungen sammeln, nicht zuletzt über unsere Jugend, über ihre häusliche Erziehung, über Kinder und — Eltern!

Eine kleine Szene in der überfüllten Straßenbahn: Im Innern sitzt ein 12jähriger Junge, zu dem sich eine vor ihm stehende ältere Frau plötzlich mit den Worten wendet: „Junge, bis Du krank?“ — Ein erstauntes „Nein!“ als Antwort. „So, ich dachte, weil Du mich stehen läßt!“ Sofort springt er auf.

Nicht immer ist die Beherrschung so tatkräftig und so von Wirkung. Oft fallen aus den Reihen des Publikums nur Anspielungen und bissige Bemerkungen gegen die heutige Jugend überhaupt, die, weil sie übertrieben oder nur teilweise richtig sind, meist keinen Erfolg haben. Zwar weiß die Jugend genau, welche Pflichten sie dem Alter gegenüber hat, und es ist bedauerlich, daß besonders Kinder aus gebildeten Kreisen es hier fehlen lassen. Aber oft ist es mehr Gedankenlosigkeit und Unachtsamkeit. Ein leichter Hinweis wird meist den gewünschten Erfolg haben, etwa eine Geste nach dem stehenden Fahrgast hin oder ein lautes Rappentoch, der dem Jugendlichen andeutet: „Du weißt doch...!“ Damit gibt man ihm noch Gelegenheit,

Die Bekämpfung des Messingkäfers

Wie bis heute feststeht, befindet sich dieser Schädling seit 3 bis 4 Jahren in circa 50 Gebäuden der hiesigen Umgebung. Man hielt ihn für eine Art Spinne oder einen ungefährlichen Käfer. Nach genauen Beobachtungen und Nachforschungen wurde aber gerade das Gegenteil bewiesen. So fand ich den Käfer Anfang November in einem Schloß vom Nachbarkreis vor, wo er in 16 Zimmern bemerkt wurde. In einem eingemauerten Kleiderschrank verschonte er die zehn Zwirnanzüge und vernichtete ausgerechnet lediglich nur zwei wollenen Herrenanzüge. Uebereinstimmend erklärten die Schloßbewohner, alltäglich von den Wänden, den Fußböden und Betten circa hundert Exemplare einzufangen. Danach stellte ich ihn in den Wohnräumen eines Schullektors von einer Nachbargemeinde fest. Auch hier vermochte ich gleich einige Exemplare vom Sofa abzulesen, dann fanden sich noch einige in je einer Blumenvase und Frucht-schale. Dann fand ich in einer Vorort-gemeinde förmliche Brutstätten in zwei alten Häusern vor. Hier geht der Messingkäfer mit dem Holzwurm konform und hilft mit seinen Freßzangen die Dielen und Holzbohlen zu zerfressen. An den untern Schubladen einer fast neuen Waschtoulette wagte sich der Holzwurm nicht heran, hier leistete der Käfer Vorspann und nagte mit seinen Freßzangen drei lange Millen von 300 Millimeter Länge und 5 Millimeter Breite hinein, um daselbst zu den Wollfäden zu gelangen. In einem bessern Sofa leistete er sein Meister-



Messingkäfer
50fach vergrößert.

bild. Er rasierte den Blüsch in der ganzen Länge und in einer Breite von 180 Millimeter glatt ab. Ja selbst in ein neues Gartenhaus der Vorstadt hielt er seinen Einzug. Hier erschraak der Besitzer, als eines Tages sich der Wandputz lockerte, worunter sich dann mehrere Käfer befanden.

Schon auf Grund von all diesen Verwüstungen wäre wohl die Bekämpfung des Schmarozers dringend erforderlich, denn erstens ist der Schaden für den Hauswirt ganz bedeutend, zweitens blüht der Mieter seine Möbel ein. Außer der Vermehrung in einem Grundstück ist die Verschleppung äußerst gefährlich, welche ich nunmehr an einigen Beispielen beweisen werde: In der ersten Etage eines Hauses in einer Vorort-gemeinde wurden von einer alten Mieterin des Abends zwei leere Säcke zurechtgelegt, die am nächsten Morgen der Kohlenmann mitnehmen sollte. Als nun aber am nächsten Morgen die Säcke von der Nachbarfrau nachgesehen wurden, befanden sich darin sechs muntere Messingkäfer. Lediglich nur der Vorfertigkeit jener Nachbarfrau war es zu danken, daß diese Käfer nicht verschleppt wurden. Kurz vor dem Weihnachtsfest holte jene Frau von einer Bodenkammer ein altes Fellpferd, um es beim Sattler für den Weihnachtsmann neu aufarbeiten zu lassen. Glücklicherweise fiel nun aber beim Säubern vom Pferde der

Schwanz ab. An dieser Stelle wimmelte es von Käfern. Das Pferd mußte dem Feuer übergeben werden. Es stellte sich heraus, daß das Nachbarhaus ebenfalls verunreinigt ist.

Leider wehrt sich nun der Hausbesitzer von beiden Gebäuden mit Händen und Füßen, gegen irgendwelche Maßnahmen. Er will absolut nichts unternehmen, denn er meint, er habe doch die Viehster nicht hineingeführt.

Der Käfer soll außerdem im dortigen Schulgebäude haften, wo infolge dessen die Lehrer kaum ihre Kleidungsstücke mit einiger Sicherheit verwahren können. Hauptächlich stützen sich nun wohl hier die Hauseigentümer auf den Ratsschlag des Biologischen Reichsinstituts, welcher lautete: „Gibt eine Durchgasung nicht, dann muß das Haus abgebrannt werden, um die Verseuchung der Nachbargrundstücke zu verhindern.“ Nach dieser irigen Annahme müßten sehr viele Häuser, ja selbst neue Grundstücke abgebrannt werden. Was würde das aber gerade jetzt bei der großen Wohnungsnot bedeuten? So nahm ich mit den Messingkäfern mehrmals darüber Fühlung. Es denkt dort niemand daran, irgendein Grundstück wegen des Messingkäfers abtrennen zu lassen. In Genthin war es vor Jahren beim Pfarrhaus ganz etwas anderes, hier war das alte Gebäude schon so wurmfressig, daß infolge des neuen Schädling die Einsturz-gefahr bestand.

Auf alle Fälle muß hier nun kräftig zugegriffen werden! Selbst die Regierung sowohl wie auch die Stadt Magdeburg sind aufrichtig bemüht, dem Uebel abzuwehren. Die Stadt beabsichtigt sogar die Möbelbesinfektionen kostenlos durchzuführen, so daß dem Mieter beim Wohnungswechsel der sogenannte „Messing-käfer-freigabeschein“ als sichere Handhabe dient. Er hat nicht mehr zu fürchten, vom neuen Hauswirt abgelehnt zu werden. Außerdem stehe ich seit langer Zeit mit Sachleuten in Verbindung, die haben den Messingkäfer seit Jahren in Gebäuden bekämpft und hatten stets die besten Erfolge. Ich selbst wandte das Präparat wohl bei 100 Käfern an, und stets lagen diese am dritten Tag auf dem Rücken. Außerdem wird von den Sachleuten obendrein noch die Mikotinsäureinjektion vorgenommen, die dann direkt in die Dielen, Schuwerkletten, Holzbohlen und hinter die alten Tapeten eindringt, wodurch dann auch eine volle Garantie für das Absterben der Käfer geleistet werden kann. Mithin wäre es also ratsam, diesem gefährlichen Schädling mit tüchtigen Sachleuten, im Einvernehmen mit der Stadt, den Messingkäferstellen und Landwirtschaftskammern, endlich zu überwinden!

Um nun aber der Sache ganz zu dienen, möchte ich durchaus nicht unerwähnt lassen, daß auch unsere Handwerker, wie Maler, Maurer, Tapezierer, Dekorateur und Zimmerleute gerade in älteren Gebäuden mehr nach diesem Schädling Umschau halten möchten. Voraussetzung wäre hier allerdings, daß die Handwerker über das Aussehen des gefährlichen Käfers belehrt würden, denn auch sie verwechseln ihn zumetst mit kleinen Spinnern.

M. Küting.

aus sich heraus löst sich zu sein. Das Kind fühlt dann den Willen des Erwachsenen nicht als etwas ihm Aufgezwungenes, sondern sieht seine eigene Ehre aufgerufen.

Mein Weg führt mich zum Friseur! — Ach — Einer wird rasiert, ein anderer läßt sich die Haare schneiden, ein Mann und ein Junge warten! Ich reiße mich an. Endlich ist der erste fertig! Der wartende Mann springt mit den Worten auf: „Junge, Du hast doch noch Zeit, ich hab's eilig!“ Der Kleine, der eher gekommen war, wird rot, will etwas sagen, aber schon sitzt der Mann auf dem Stuhl, und der Barbier beiligt sich, den guten Kunden zu bedienen. Meine Meinung, daß man auch dem Kinde die Zeit nicht stehlen dürfe, schon weil es zu Hause vielleicht gebraucht werde, die Eltern auf das Kind warten oder dieses noch Schularbeiten zu erledigen habe, enthielt ich dem Manne nicht vor, fand aber wenig Verständnis.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Friedrichstadt-Berder. Heute Donnerstag Mitgliederversammlung im „Schwarzen Adler“.

Bezirk Alte Marktstadt. Am Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Winter.

Bezirk Salze. Am Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Gerde.

Vorstandssitzung am Montag 17 Uhr. — Engerer Vorstand um 18 Uhr im Sekretariat.

Programme zu den humoristisch-satirisch-politischen Abenden sind bei den Bezirkskassierern zu haben.

Daß die Straße auch einmal eine sehr rauhe Erziehlerin sein und eine sehr derbe Lehre geben kann, beobachtete ich am Mittag in der Nähe einer Schule. Ein Trupp Jungen im Alter von 12 und 13 Jahren nahm seinen Heimweg durch eine der belebtesten Straßen der Stadt, als ein am Rande des Fußsteigs gehender ganz plötzlich seinen vollgepackten Schulranzen mitten auf die Straße vor einen dahinfahrenden Radfahrer warf, sodas dieser zu Fall kam und ein zweiter, ihm folgender in den Sturz hineingerissen wurde. Menschenauflauf, der nur 30 Schritt entfernte Schutzmann schrieb den Jungen auf. Glücklicherweise war außer einigen Raddefekten und eifigen blauen Flecken alles gut abgegangen. Der Junge war wie verdonnert. Er gehörte, wie ich später erfuhr, zu den zuverlässigsten Schülern. Die Motive seiner Tat erschienen rätselhaft. Er gab an, er hätte sich nichts dabei gedacht. Sich vor seinen Kameraden brüsten zu wollen, lag ihm fern.

Das Vorkommnis ist für die spontanen Einfälle der Jugend typisch. Sie handelt stets nach Eingebung; Mühsäßen und Folgen zu erwähen, ist nicht ihre Art. Meist ist es — wie hier auf der Straße — erst eine eigene harte Erfahrung, die zum Erzieher wird. Oder wer hat nicht schon beobachtet, wie Kinder sich auf das rückwärtige Trittbrett von Brotwagen und ähnlichen Gefährten setzen, ohne bei den Gefahren ungers Verzeher an böse Folgen zu denken? Wer hat nicht jugendliche Radfahrer gesehen, die im glücklichen Versteck des eben geschenkten Mades, als dessen unumschränkte Beherrscher sie sich fühlen, ohne Rücksicht auf sich und andre die Straße zur Rennbahn machen? Gewiß ist solch unberbrauchte Jugendkraft mit ihrem elementaren Fortschritt etwas Schönes — wenn Straße und Verkehr nicht eines Tags eine gar zu bittere Lehre geben würden!

Man hört heute öfters aus Elternkreisen die Klage, die Kinder entfremdeten sich schon frühzeitig dem Elternhaus, indem sie Wanderungen mit Freunden und Wandergruppen, Teilnahme an sportlichen Übungen und Veranstaltungen dem Zusammensein mit ihren Eltern in der Freizeit wochentags, ja auch Sonntags, vorzögen; gewiß seien diese Bestrebungen gesund und begrüßenswert, aber man müsse doch erwarten . . .!

Ja, erwarten! Die Straße gibt auch hier die nötige Erklärung! Wie oft sieht man nicht Sonntags nachmittags ein Ehepaar mit seinem Sprößling ins Freie wandern! Der Vater spricht sein Wort, die Mutter ebensovienig. Das Kind stellt einmal eine Frage, auf die es eine kurze Antwort erhält. Im Gehäus blickt es herum, beobachtet, sucht nach neuen Eindrücken oder nach gleichartigen Lebensgefährten. Gerade die Teilnahme des Vaters am Spaziergang dieses Tags müßte für das Kind das Ergebnis seines Sonntags werden! Nur ein klein wenig brauchte der Vater dem Kinde entgegenzukommen, es nach diesem oder jenem zu fragen, einige Blicke in seinen Gedankenkreis zu tun — und sofort würde sich das Herz des Kleinen erschließen, anstatt sich den Eltern zu entfremden.

Gibt die Straße dem aufmerksamen Beobachter nicht immer wieder derartige Einblicke in die Unzulänglichkeit so mancher häuslichen Erziehung? Gar oft sind die sozialen Verhältnisse der Eltern schuldig, daß von Erziehung, ja auch nur Vermählung der Eltern um ihre Kinder keine Rede mehr sein kann. Lange Arbeitszeit von Vater und Mutter, eine enge Wohnung, gar zu große Familie tragen dazu bei, daß beide Eltern froh sind, wenn sie von den Kindern möglichst wenig „belästigt“ werden. Und doch sollte, wer es irgend kann, die Straße als Erziehungsfaktor beachten.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Erwe rbslofenunterstützung unpfändbar

Darf ein Teil der Erwerbslofenunterstützung zur Deckung des Mietzinses vom Arbeitsamt an den Hauswirt gezahlt werden? Ein Bescheid der Reichsanstalt erklärt das für zulässig. Er macht lediglich die Einschränkung, daß derartige Maßnahmen auf Einzelfälle beschränkt bleiben müssen, in welchen im Interesse des Arbeitslofen ein Eingriff in dessen Verfügungsgewalt gerechtfertigt ist, vor allem besonders dann, wenn der Arbeitslofe böswillig oder leichtfertig die Miete nicht begleicht. Die Reichsanstalt fügt sich in ihrem Bescheid auf die Auffassung, daß nach dem Gesetz die Unterstützung auch in Sachleistungen gewährt werden könne.

Der Erlaß der Reichsanstalt geht von falschen Voraussetzungen aus. Es handelt sich hier nicht um Sachleistungen, sondern um die Begleichung von Schulden des Arbeitslofen und dazu ist die Arbeitslofenunterstützung nicht da. Der Vergleich mit den Sachleistungen geht daneben. Nicht die Reichsanstalt, sondern der Vermieter stellt die Wohnung zur Verfügung. Die Reichsanstalt hat kein Recht, sich in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Mieter und dem Hauswirt einzumischen. Nach dem Gesetz ist die Erwerbslofenunterstützung unpfändbar und nicht aufrechenbar. Nur eine Ausnahme gibt es, nämlich zugunsten unterhaltsberechtigter Familienmitglieder; im übrigen ist die Reichsanstalt verpflichtet, die Unterstützung ungefährzt zur Auszahlung zu bringen. Der Erlaß der Reichsanstalt verstößt also gegen das Gesetz.

Frauenversammlung im Bezirk Dessauer Straße. Die Versammlung am Montag war gut besucht und galt der Vorbereitung zur Reichstagswahl. Nach einem kurzen Bericht über die Zusammenziehung und Tätigkeit des Stadiparlaments, den die Genossin Raßner gab, wurden die Genossinnen Raßner, Krugel und Töpel für das in Aussicht stehende Frauenwahlbureau in Vorschlag gebracht. Gewünscht wurde, daß die Frauenabende wieder wie früher regelmäßig stattfinden sollen. Nächster Abend am 13. Februar. Die Aussprache zeigte ein reges Interesse der Frauen für öffentliche Angelegenheiten.

Weltliche Schule Altstadt. Heute (Donnerstag) den 28. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Büchsefeld, Knochenhauerufer, die Generalversammlung der Ortsgruppe des Bundes der freien Schulgesellschaften (Schulgemeinde Altstadt) statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Jungsozialisten. In der nächsten Zusammenkunft am Freitag 29 Uhr im Versammlungsraum, Regierungstraße 1, wird Landtagsabgeordneter Genosse Richard Ritsch erzählen aus der Geschichte der Magdeburger Sozialdemokratie. Genosse Ritsch hat in all den Jahren schimmiger Verfolgung der Sozialdemokraten mit an der Spitze gestanden. Er wird sehr viel persönliche Erinnerungen erzählen können.

Finanzämter Magdeburg Nord und Süd. Durch die Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 15. Dezember 1927 über die Neuordnung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit von Finanzämtern im Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg sind mit Wirkung vom 1. Januar 1928 an Stelle des Finanzamts Magdeburg die Finanzämter Magdeburg Süd und Nord errichtet. Tatsächlich wird die Trennung am 1. Februar 1928 durchgeführt. Die Grenze zwischen beiden Finanzamtsbezirken verläuft im allgemeinen im Zuge der Großen Diederichs- und Schrammstraße. Die Stadteile nördlich dieser Grenze gehören zum Finanzamt Magdeburg Nord, die südlich davon zum Finanzamt Süd. Danach umfaßt der Bezirk des Finanzamts Süd die Steuerbezirke: 7, 11 bis 15, 20 bis 23, der des Finanzamts Magdeburg Nord die Steuerbezirke: 1 bis 6, 8 bis 10, 16 bis 19, 25. Besonders hat sich lediglich die Grenze der Steuerbezirke 10 und 11. Die Häuser Nummer 123 — einschließlich 203 — der Großen Diederichs Straße, die bisher zum Steuerbezirk 10 gehörten, gehen infolge der Trennung auf den Steuerbezirk 11 über. Die Teilung ist jedoch nicht nur eine örtliche, sondern auch eine sachliche. Sämtlich ist das Finanzamt Magdeburg Süd allein zuständig für die gesamte Stadt Magdeburg in der Vermögenssteuer, der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Erbschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Einkommen- und Latenteinkommensteuer, der Beförderungsteuer und der persönlichen Stempelsteuer; für die Stadt Magdeburg und 12 benachbarte Finanzämter in der Gesellschafts-, der Einkommen-, der Erbschafts- und der Beförderungsteuer; für die Stadt Magdeburg und 21 benachbarte Finanzämter als Vermögensteuer für inländische Wertpapiere und Latenteinkommen. Das Amt Nord bleibt in dem jetzigen Finanzgebäude, Sternstraße Nr. 12, mit untergebracht, und zwar im Erdgeschoß und 1. Stock, während das Finanzamt Süd seine Räume im 2. und 3. Stock hat. Die in dem Nebengebäude befindliche Finanzkassa wird ebenfalls getrennt; die Finanzkassa Nord mit der neuen Postfachnummer 66 befindet sich im Erdgeschoß, die Finanzkassa Süd mit der alten Postfachnummer 30 in den oberen Räumen. Zwecks Durchführung der Teilung sind Finanzamt Nord und Finanzamt Süd am 28. d. M. d. M. geschlossen. Zahlungen können erfolgen auf Postkonten, Reichsbankkonten und bei sämtlichen Annahmestellen der Kassen- und Privatbank.

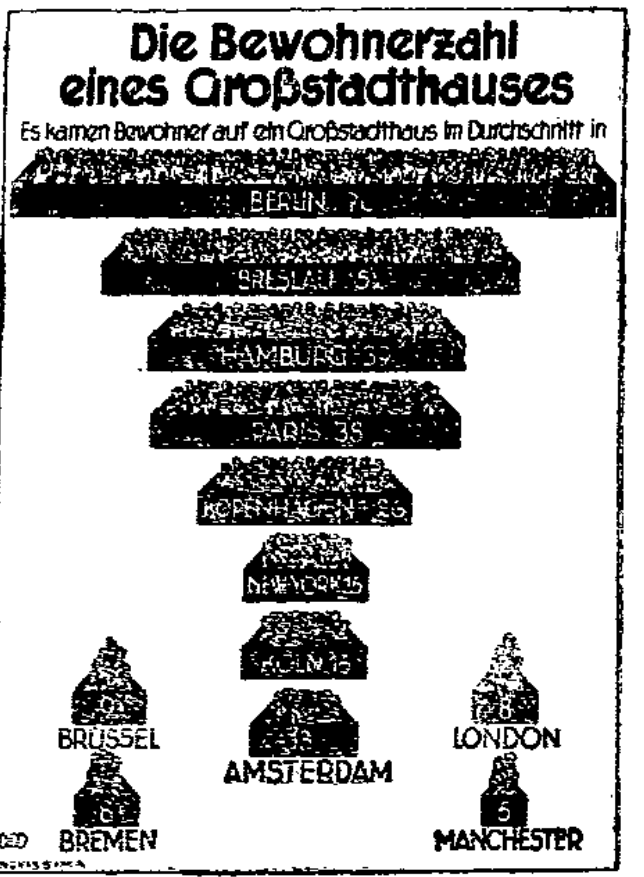
Opferfestgänger in der Stadthalle. Ermöglicht durch den beispiellosen Erfolg eines großen Festkonzertes am 16. Juni 1927 und vielfachen Spenden folgend, veranstaltet die Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Musikerverbandes am 2. Mai wieder ein „Opferfestgänger“ in der Stadthalle. Der Feiertag dieser Veranstaltung fließt seitens der Ortsverwaltung den zu die dem erkrankten Musikanten für unsere deutschen Kulturwerke herabzubringen. Das Opferfest am 2. Mai besteht aus 240 ersten Klängen verschiedenster mittelalterlicher Orgelwerke. Als Dirigent ist hier am 16. Juni 1927 hier so prächtig gefeiert Kantor Generalmusikdirektor Professor Hermann Abendroth gewonnen. Das Konzert am 2. Mai wird zweifelslos einen Höhepunkt aller musikalischen Veranstaltungen in Magdeburg darstellen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Die Ausschaltung der Streikunterstützung findet am Freitag vormittag in der Zeit von 9 1/2 bis 12 Uhr im „Krollsaal“ statt. Kranken- und Arbeitslofen-Unterstützung wird nur am Sonnabend im Bureau ausbezahlt. Das die ausgesperrten Betriebe am Sonnabend vormittag 10 Uhr Ausgabe der Karten und um 11 Uhr Versammlung im „Krollsaal“, Wallstraße.

Das Verzeichnis sämtlicher Ortsämter in der Provinz Sachsen. Im Lande Sachsen und im Reichsland Aachen ist durch die Oberpräsidenten Magdeburg neu herausgegeben worden. Sein Inhalt ist sehr reichhaltig. Das Verzeichnis enthält die politische Einteilung, amtliche Angaben über Juris-, Sorge-, Versorgungs-, Konsum- usw. Verordnungen, Reichsbeamten und Reichsanstalten, Unternehmungen der Reichsgruppen und führt sämtliche Ortsämter mit Einwohnerzahl (wichtig für die Verwendung von Wahlmännern), Kreis-, Amtsgerichte, Justizpostämter und nachfolgende Einzelangaben auf. Auch ist der zur Provinz Sachsen gehörende Kreis Schmalkalden in das Verzeichnis aufgenommen worden. Das Buch stellt ein wertvolles Nachschlagewerk dar, das in allen Verwaltungen und landwirtschaftlichen Bureaus, in Kreditinstituten, bei den Banken, bei Rechtsanwälten, Versicherungsstellen, Kassen usw. vorhanden sein sollte. Der Preis beträgt 450 Mark. Das Verzeichnis wird durch loszukaufen zu begehrenden Nachträge laufend berichtigt. Da nur eine beschränkte Anzahl von Stücken gedruckt werden konnte und mit einer spätern Lieferung nicht zu rechnen ist, können sich die Bezahler das Werk nur durch baldige Bestellung sichern. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Selbstverständlich müssen es „Note“ gewesen sein. In der „Magdeburger Zeitung“ und in der „Tageszeitung“ erzählt ein Stahlhelmer, daß ihm am Stahlhelmtag folgendes Risikogeschäft widerfahren sei: Als er in der 21. Stunde auf dem Heimweg die Goethestraße von der Ecke Wilhelm-Raabe-Straße passierte, sei er plötzlich von sechs Rombys überfallen und mis-

handelt worden. Er schreibt: von sechs „roten“ Rombys. Der Mann machte Anzeige bei der Polizei, um zu bewirken, daß Ueberfälle auf einzelne Kameraden durch „rote Bänder“ verhindert werden. Die Täter werden beschrieben als Männer in Zivilkleidung (dunkle Ueberzieher und blaue Schürzenmäntel). Zu welcher Organisation sie gehörten, weiß er nicht anzugeben. Es waren sechs Unbekannte, aber der Ueberfallene schreibt trotzdem von „roten Rombys“, „roten Bändern“ und von „Organisationen“. Selbstverständlich! Wenn dem deutschen Spießer etwas Unangenehmes passiert, dann rühret es von roten her, und zwar von organisierten. Und der Mann beschwert sich über „politische Verheerung“. Seine Schreiberlei wäre die schlimmste politische Verheerung, wenn sie nicht zu lächerlich dumm wäre in ihren Anschuldigungen. Es gab schon zu allen Zeiten Dresse, die mit Politik nichts zu tun hatten, es gab auch Dresse, die der falsche erwachte. Aber in den Zeiten, die nach keine „politische Schulung“ durch Stahlhelmer kannten, hat man nicht gewohnheitsgemäß die blöde Rederei von den „roten Bändern“ und den „Organisationen“ gemacht. Diese Art politischer Fälschung verdient dankbar die glorreichen Stahlhelmerziehung.



Die Bewohnerzahl eines Großstadthauses. Mit der raschen Abwanderung vom Lande nach den Großstädten und Industriezentren waren schon vor dem Kriege die Städte anghelbter, den zunehmenden Wohnungsbedarf zu decken. Es entstanden die berühmtesten Mietskasernen. Nur Bremen und Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebietes machten nach englischen und belgischen Vorbildern eine Ausnahme durch Errichtung von Kleinwohnungen in Gartenanlagen. Trotz der verheerenden Wohnungsnot nach dem Kriege ist man heute allgemein bestrebt, in dieser Weise der Gesundheit austräglichere Wohnstätten zu bauen.

Die Höherlegung der Friedrichstädter Chaussee im Notehornpark ist seit Montag den 16. Januar in Angriff genommen worden. Aus diesem Grunde wird die bezeichnende Straße für den Wagen- und Radfahrerverkehr auf der Strecke Heinrich-Heine-Reg-Straße bis auf weiteres gesperrt. Der Fußgängerverkehr wird umgeleitet.

Winterbekämpfung der Stämmchen. Der Polizeipräsident fordert die Hauseigentümer und deren Stellvertreter, die verpflichtet sind, die im Winterstuden Räden durch Ausräuchern der Räumlichkeiten mit einem geeigneten Räucherpulver oder durch Abflammen der Wände und Decken, durch Verdrücken mit feuchten Tüchern oder in sonstiger wirksamer Weise zu verdrücken, auf, mit der Räucherung sofort zu beginnen und sie bis zum 25. Februar durchzuführen. Die Mieter haben die betreffenden Räume zum angegebenen Zwecke zu öffnen. Nach dem 25. Februar findet polizeiliche Kontrolle statt. Wird hierbei festgestellt, daß die angeordneten Räuchermaßnahmen nicht erfolgt ist, wird Verhaftung ein, eventuell auch zwangsweise Ausführung auf Kosten des Pächters. Der Magistrat ist in diesem Jahre nicht in der Lage, die den Hauseigentümern auferlegte Verpflichtung der Räuchermaßnahmen selbst zu übernehmen. Das städtische Gesundheitsamt ist jedoch bereit, auf Antrag der Hauseigentümer die Räuchermaßnahmen zu einem Durchschnittpreis von je 2 Mark (der Preis richtet sich nach der Größe der Grundstücke) durchzuführen, sofern die Anträge bis spätestens 1. Februar bei der städtischen Desinfektionsanstalt (Marxialstraße) gestellt werden. Ueber die Durchführung wird eine Bescheinigung ausgestellt. Der Polizeipräsident empfiehlt dringend, von diesem überaus günstigen Angebot Gebrauch zu machen.

Unfall. Der Reichsbankkassierer Heinrich C. in Brückel fiel von einem Anhänger und wurde mitgeschleift. Er erlitt einen Bruch des rechten Knöchels und wurde dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

Vom Auto angefahren. Im Mittwoch wurde das Kind Hildegard B., Mißfemerkelchen, beim Ueberqueren der Sophienstraße von einem Auto angefahren. Mit Hautabrisuren wurde sie im Sudenburger Krankenhaus eingeliefert.

Unfall auf der Arbeitsstätte. Der Arbeiter Erich R., Bauer-Bau-Straße 1, geriet auf seiner Arbeitsstätte zwischen eine Welle und einen Ragen. Er erlitt eine Oberarmknochenfraktur und fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Gehten wurden folgende Fahrräder: Am 16. Januar in Reichsbankkassierer ein Herrenfahrrad ohne Marke und Nummer mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, englischem Lenker mit roten Griffen; am 20. Januar vom Schlachthof ein Herrenfahrrad, Marke Krüger, Nr. 1133950, mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, Gesundheitslenker mit roten Griffen; am 21. Januar ein Herrenfahrrad, Marke Banner, Nummer nicht bekannt, mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit schwarzem Streifen, nach oben gebogenem Lenker mit roten Griffen, Freilauf Komet. Sachdienliche Angaben über die Täter und den Verbleib der Räder erbüet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — Zimmer 219 oder 262.

Erledigt sind die Ausschreiben betr. vermieteten Schloffer Otto Kühne und Arbeiterin Gertrud Hoffmann.

Hinweis. Für unsere Leser in Burg und Umgebung liegt heute ein Prospekt der Firma Deutsche Herrenmoden bei.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Abteilung Ager. Sonnabend 29 Uhr Versammlung mit Frauen bei Grafmann; anschließend gemütliches Beisammeln.
Abteilung Sudenburg. Sonntag 10 Uhr Versammlung der 2. Hundertschaft bei Rohrentempel.
Abteilung Wilhelmstadt. Morgen Freitag ab 20 Uhr Abrechnung der Hundertschaftsleiter an bekannter Stelle. — Am Sonnabend 20 Uhr im „Wilhelmspark“ Versammlung der 3. Hundertschaft.

Theater, Konzerte, Vorträge

Wahlkammer. Die städtische Formgebung des Reichs an der Stadt Magdeburg in der Kunsthalle auf dem Ausstellungsgelände täglich 10-18, 15-19 Uhr. 50 Pf.

Kantatenchor und Volkshochschule. Frau Ministerialrat W. Wäumer (Berlin). Die gegenwärtige Krise des moralischen Bewusstseins, Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, Außenquai. 1,20 Mark (1 Mark).

Aus der Jugendbewegung

Sozialistischer Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg.

Nach Belgisch fahren wir am Sonnabend den 28. Januar zur Ausstellung „Das junge Deutschland“. Untkosten 4 Mark. Besten Meldelag im Donnerstags.

Wilhelmstadt. Donnerstag zur Generalversammlung 1928 11 Uhr an der Gde. — Sonntag alle Funktionäre um 8 Uhr an der Gde. Wir gehen nach dem Jungbunde zur Verbandsrats-Vorstellung. Ab 10 Uhr ist das Heim wieder geöffnet.

Aus den Gerichtssälen

Das Herrenzimmer als Pfandobjekt

Der Kaufmann Erich Grubach stand wegen Betrugs und Unterschlagung vor dem erweiterten Schöffengericht. Mehrere Unrechlichkeiten werden ihm zur Last gelegt. So soll er beispielsweise ein Herrenzimmer biennial verpfändet haben. Der Angeklagte hatte die Absicht, ein Darlehensgeschäft in Magdeburg zu gründen. Da er selbst über die nötigen Kapitalien nicht verfügte, suchte er Teilhaber, denen er Beträge von 500, 700 und 400 Mark abknöpfte. Das fragliche Herrenzimmer wurde jedesmal als Pfand angeboten, worauf die Beteiligten auch eingingen, weil es ungefähr den hergegebenen Betrag repräsentierte. Die eingekommenen Gelder wurden von dem Angeklagten aufgebraucht, ohne daß die Geldgeber von Gegenleistungen etwas sahen.

In einem weiteren Falle hat er eine Weinfirma um 2000 Mark geschädigt und drittens soll er bei der Krankenversicherung Selbsthilfe 4500 Mark unterschlagen haben. Den letzten Fall betrifft der Angeklagte in der Hauptverhandlung. Er will bezeugt gewesen sein, sich Gelder aus der Kasse nehmen zu dürfen, ohne irgend jemand danach zu fragen. In einem weiteren Falle will er den Zeugen nicht geschädigt haben. Der ihm zur Verfügung gestellte Betrag soll von beiden gemeinschaftlich verbraucht worden sein. Die übrigen Anklagepunkte konnte der Beschuldigte nicht entkräften.

Der Staatsanwalt beantragte insgesamt 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht nahm Betrag, Untreue und Unterschlagung für vorliegend an und erkannte auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.

Oufer der Magdeburger Spielklubs

Der Gutsherrenwart Arnö M. hatte im Jahre 1926 eine gute Stelle inne, die ihm verlorenging, weil er mit dem Gutbesitzer in allzu bieder Freundschaft lebte. Da auch der Gutbesitzer unversehrt war, wohnen Verwalter und Besitzer gemeinsam in einem Zimmer, besprachen gemeinschaftlich alle Vorkommnisse des Lebens und gingen selbstverständlich auch zusammen aus. Die Geschichte ging so lange gut, bis eines Tages die Freundschaft in die Brüche ging und der Gutbesitzer seinen ehemaligen Freund und Verwalter wegen allerhöchsten Dinge der Staatsanwaltschaft anzeigte. Wegen Unterschlagung, Diebstahls und andre Straftaten stand er vor dem Schöffengericht.

Die beiden Freunde benutzten ihre freie Zeit dazu, gemeinsam in den verschiedensten Magdeburger Spielklubs, Mercedes, Union und wie sie alle heißen mögen, ihr Geld zu verpielen. Gleichgültig sollte damit sicherlich bewiesen werden, wie schwer die Landwirtschaft um ihre Ertragskraft zu kämpfen hat und wie die Landwirte mit jedem Pfennig rechnen müssen, den sie einnehmen. Wenn dem Angeklagten das Geld ausging, dann half der Herr Gutbesitzer aus. Er ließ ihm Geld und spielte mit ihm weiter, bis auch das geliebte Geld wieder zum Teufel war. Für ein Darlehen von 40 Mark übergab der Verwalter seinem Chef eines Tages ein silbernes Uhr und eine Herrenuhr. Da sie beide auf demselben Zimmer wohnten, steckte der Angeklagte Uhr und Uhr eines Tages wieder ein, da er nicht einzeln vermerkte, weshalb die Sachen unbemerkt liegenbleiben sollten. Der Herr Gutbesitzer benutzte das, um seinen ehemaligen Freund des Diebstahls zu bezichtigen und ihn zur Anzeige zu bringen.

Da die Geschichte allein vielleicht nicht den notwendigen Erfolg haben würde, waren auch noch eine Reihe andre Dinge mit aufgezählt worden, die den noch jungen Menschen ins Unglück stürzen sollten. So hat er Beträge von 85,15 und 300 Mark nicht abgeliefert und für sich behalten, obwohl er den ausdrücklichen Auftrag gehabt hatte, die Summe an Gläubiger des Gutbesitzers zu bezahlen. Auch dieses Geld war verpielt worden. Sehr häufig war der Herr Gutbesitzer derjenige, der seinem Verwalter die unterschlagenen Gelder beim Spiel abknöpfte und sich nun entrüet, wie ein Mensch so vermerken sein kann fremde Gelder zum Spiele zu benutzen. Außerdem hatte der Gutbesitzer dem Angeklagten noch 325 Mark borgend, für welche Summe der Angeklagte Wertpapiere und eine Schreibmaschine verpfändet wollte. Die Wertpapiere waren ohne Wert, die Schreibmaschine gehörte seiner Mutter. Beides war also Schwindel. Der Gutbesitzer war seinen Pakt los.

Der Angeklagte bezog ein monatliches Gehalt von 60 Mark bei freier Station. Ob dem Gutbesitzer nicht einmal von festlich der Gebante kommen sein muß, daß ein Verwalter mit solch erbärmlichem Gehalt nicht wöchentlich 50 und mehr Mark verpielen kann? Als Zeuge tut er so, als habe er seinem Freunde niemals so etwas zugeirant, obwohl er zugeben muß, daß der Angeklagte nicht aus den besten Verhältnissen stammt und auf ehrliche Weise niemals die Ansprüche, die ein Spielklub an den Menschen stellt, erfüllen konnte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis, von denen 2 Monate verbüet werden sollen. Der Rest soll ausgeüet werden. Der Beschuldigte will gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Bereine und Versammlungen

Mieterverein, Bezirk Nord.

Die Bezirksgruppe Nord des Ortsvereins Magdeburg im Reichsbund deutscher Mieter hielt in den „Apollosälen“ ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der 1. Vorsitzende Prof. Dr. verstorbenen Mitglieder, insbesondere des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Silberstein, dessen Tod für die Mieterschaft ein schmerzlicher Verlust ist. Erstattete hierauf den Jahresbericht. Das Jahr 1927 ist für die Mieterschaft kein günstiges gewesen und nur der Arbeit der Mieterorganisation ist es zu danken, daß es für die Mieter nicht weit schlimmer geworden ist. Im verflohenen Berichtsjahr fanden zehn Mitgliederberatungen statt. In den Versammlungen sprachen bewährte Redner über aktuelle Themen und trugen zur Aufklärung bei. In zwölf Vorstandssitzungen wurden Anlegenheiten des Bezirks besprochen und beschäftigt man sich mit den Gesetzesänderungen und deren Auswirkung auf die Mieterschaft. Im Bezirk Nord ist durch rege Tätigkeit der Funktionäre ein steter Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen.

Kollege Reul gab hierauf den Massenbericht und wurde dem Vorstand auf Antrag Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes: Hofe 1. Vorsitzender; Ulrichberger, 2. Vorsitzender; Wiber, Schriftführer und Paul, Kassierer. Als Neuzugewandten wurden gewählt die Kollegen Fischer, Schön und Heise. Unter Verschiedenem wurden Anfragen aus dem Mieterkreis beantwortet.

Nachrichten aus der Provinz

Infre Forderungen für Landarbeiter

Zur Landarbeiterfrage hat die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags verschiedene wichtige Forderungen angemeldet. Sie verlangt Befreiung des Hofgängerstystems, ferner Vorzüge, daß nach einer Uebergangszeit von 2 bis 3 Jahren nur noch deutsche Landarbeiter beschäftigt werden. Vom Staatsministerium fordert die Fraktion, denjenigen Domänenpächtern, die den üblichen Kostenbeitrag zum Bau von Landarbeiterwohnungen unbedingterweise ablehnen, jede Vergünstigung (Nachstufung, Meliorationsbeiträge usw.) zu entziehen. In die Pachterträge zwischen Domänenverwaltung und Domänenpächtern soll bei allen Neuverpachtungen folgender Paragraph aufgenommen werden: „Bei Domänenpächtern, die bei ihnen beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen mißhandeln oder Mißhandlungen durch Beamte und Angestellte dulden, ist von der Domänenverwaltung die Lösung des Pachtertrags vorzunehmen.“

Der Kampf um die Sozialversicherung

Das beliebteste Schimpfwort der Sozialreaktionäre ist die Sozialversicherung. Das Schlagwort von der „sozialen Last“ wird unermüdet von den reaktionären Bierbankpolitikern erdört. Immer wieder werden nur die Schattenseiten der Sozialversicherung, die Beiträge, nicht aber deren Lichtseiten, die Leistungen für die Kranken und Verletzten, für die Berufs- und Erwerbsunfähigen, die Mütter und Hinterbliebenen hervorgehoben. Das Schlagwort von der sozialen Last ist sogar international geworden. Erfreulich ist es demgegenüber, daß in der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblatts an den neuesten Ziffern von maßgebender Stelle ein klares Bild über die Belastung durch die Sozialversicherung gegeben wird. Der Behauptung, die ganze Sozialversicherung koste die deutsche Wirtschaft jährlich 5 Milliarden Mark und mehr, steht das Ergebnis der amtlichen Jährlings entgegen. Die Reichsversicherung hat im Jahre 1927 an Beiträgen und Umlagen 3,2 Milliarden Mark aufgebracht; 1918: 1,3 Milliarden, 1924: 1,9 Milliarden, 1925: 2,5 Milliarden und 1926: 2,9 Milliarden Mark. Dazu kommt der Reichszuschuß von 302 Millionen Mark für die Familienwohnenhilfe und die Invalidenversicherung; (1918: 59 Millionen Mark), 1924: 105, 1925: 183 und 1926: 248 Millionen Mark. Die Arbeitslosenversicherung ist in die Uebersicht nicht aufgenommen, sie besteht erst seit 1. Oktober 1927; ihre Vorläuferin, die Erwerbslosenfürsorge, war keine Versicherung und ging vor dem Kriege sogar in der allgemeinen Fürsorge der Länder und Gemeinden auf. Aus dem starken Unterschied zwischen 1918 und 1927 allein kann kein Schluß auf ein Uebermaß in der heutigen Versicherung hergeleitet werden. Dazwischen liegen nicht bloß 14 Kalenderjahre, sondern zugleich der Weltkrieg und der Währungsverfall mit der für die Volkskraft und das Volksvermögen vernichtenden Wirkung.

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversicherung ist das Gebot der Stunde. Zur Summation, Unfall-, Angestellten-, Kranken- und Knappschaftsversicherung trat am 1. Oktober die Arbeitslosenversicherung und am 1. Januar die Krankenversicherung der Seelente. Im Januar erhält der Reichstag vom Reichsarbeitsministerium den Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Bühnenbetriebe, Krankenanstalten, Laboratorien und Feuerwehrlente. Im Reichsarbeitsministerium werden zurzeit die Verhandlungen über die weiteren Berufskrankheiten, die wie Anfälle zu entschädigen sind, abgeschlossen. Eine demnächst erscheinende Verordnung soll die Ausübung der Berufskrankheiten erweitern. Ferner soll durch eine Denkschrift die Frage untersucht werden, ob auch für die Arbeiter in den Kleinbetrieben des Handels und des Handwerks der Unfallversicherungsschutz sachlich geboten und technisch möglich ist. Schließlich sollten Richtlinien für die Gesundheitsfürsorge der Reichsversicherung aufgestellt werden. Mit diesen Richtlinien will man für die Krankentassen und Versicherungsanstalten eine Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, zunächst der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten und später auch der rheumatischen Erkrankungen schaffen.

Eine Fülle von Problemen, von deren Lösung unendlich viel für das Wohl und Wehe der breiten Massen abhängt! Nur ein neuer Reichstag, in dem nicht mehr der Bürgerblut regieren darf, sondern ein wirklich sozialer Geist lebendig sein muß, kann diese Probleme zugunsten der breiten Volksschichten lösen.

Kreis Wanzleben

Arbeiterjugend morgen (Freitag) wichtige Besprechung in der Schule Magdeburger Straße.

Als Schöffe ist Genosse Otto Dankert bestätigt worden. Versteigerung. Die vor dem Grundstück Osterweddingener Straße 7 liegenden drei Räume sollen öffentlich verkauft werden. Termin Montag den 30. Januar, vormittags 11 Uhr, an Ort und Stelle.

Wahrendorf

Verbeibend des Reichsbanners. Am 20. Januar 20 Uhr versammelt die Ortsgruppe des Reichsbanners im Lokal von Frau Wolf einen Verbeibend mit Lichtüberbringer, verbunden mit Konzert und Tanz. Nach jährlichem Festen ist es nun endlich gelungen, einmal mit einer kleineren Veranstaltung, die der Vertiefung des republikanischen Gedankens dienen soll, an die Öffentlichkeit zu treten. Wir haben uns trotz des Terrors und anderer Mächtigkeiten nicht unterkriegen lassen, haben stets an der Erreichung unserer Ziele mitgearbeitet, für den Frieden gegen den Krieg! Der Film, der gezeigt wird, dient nicht der Verherrlichung des Krieges, wie der neulich hier gezeigte, sondern er wird den Krieg in seiner wahren Gestalt nach Naturaufnahmen zeigen. Allen denen, die die Schrecknisse des Krieges schon beigegeben haben, können wir nur empfehlen, sich diesen Film anzusehen. Aber auch alle mit uns sympathisierenden Einwohner bitten wir, diese erste Veranstaltung des Reichsbanners, die der Stärkung der Ortsgruppe dienen soll, zu besuchen. Es wird auch Gelegenheit gegeben, bei frühlichem Tanz einmal die Sorgen des Alltags zu vergessen und unter Gleichgesinnten ein paar frohe Stunden zu verbringen. Darum Republikaner von Wahrendorf und Etemmern, geht durch gute Beteiligung, daß es in unserer Orten nicht nur Monarchisten, sondern auch Republikaner gibt, die auch öffentlich für die Republik eintreten.

Eggersleben

Durch Unvorsichtigkeit brach auf dem Speichertischen Gehöft ein größerer Brand aus, dem 2 Stallheuen zum Opfer fielen. Der Ausbruch des Brandes wurde glücklicherweise so rechtzeitig entdeckt, daß das Vieh noch gerettet werden konnte. Die lagernden Heuvorräte fielen dem Feuer zum Opfer. Bei dem starken Winde mußten die herbeigelegten Feuerwehren sich darauf beschränken, die angrenzenden Wirtschaftsgebäude zu schützen. Der starke Funkenregen gefährdete einen großen Teil des Ortes. Festgestellt muß werden, daß die auswärtigen Wehren reichlich spät an Ort und Stelle erschienen. 4.45 Uhr etwa wurde telefonisch Hilfe erbeten, aber erst 6.15 Uhr gaben die Westerhegener das erste Wasser. Es war gleichzeitig von mehreren Sprechstellen angerufen worden. Unter diesen betrüblichen Umständen können die Besitzer der Grundstücke in der Gefahrenzone von Glück sagen, daß einige Zeit nach dem Ausbruch des Brandes

Verwaltungsarbeit im Freistaat Preußen

Am 26. Januar sprach der preussische Minister des Innern, Genosse Grzesinski, auf Einladung einer Studientruppe der Berliner Universität im Bürgeraal des Berliner Rathauses über das Thema „Behörden und Bevölkerung im neuen Staat“.

„Es ist ein weitverbreiteter Irrtum gewesen, daß mit der Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts die Durchführung demokratischer Ideen gesichert sei. Fast wichtiger noch als die Durchführung des parlamentarischen Systems, die Eroberung der gesetzgebenden Faktoren, ist die Durchbrechung der Exekutive, der Verwaltung, mit modernen demokratischem Geiste. Die Verwaltungsorganisation eines Staates ist ein gesellschaftliches Gebilde mit Eigenwesen und Eigenleben, das sich auch unter veränderten Bedingungen durchzusetzen sucht. Alle Staatsgewalt geht nach der Verfassung vom Volk aus.“

Die Geschäftsführung des Staates

aber liegt in den Händen der Behörden, der Verwaltungsbeamenschaft. Gesetze beschließen, ist Sache des Parlaments, die Ausführung Sache der Behörden.

Der Verwaltungsapparat in Preußen ist länger als ein Jahrhundert maßgebend beeinflusst und ergänzt von der vor dem Krieg in Preußen herrschenden Gesellschaftsstruktur, die im anti-demokratischen Sinn erzogen ist. Kein Wunder also, daß nach der Staatsumwälzung sich zwischen der geänderten Spitze der Verwaltung und dem Apparat ein starker Gegensatz auftrat. Im Besitz der politischen Macht aber ist nur der, der die Verwaltung beherrscht. Es ist also eine politische, zwingende Notwendigkeit, den Verwaltungsapparat den demokratisch-republikanischen Erfordernissen entsprechend umzuformen, um so den politischen Umschwung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Dieser Kampf um die Verwaltung ist noch im vollen Gange. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Personalpolitik und die Heranziehung des Nachwuchses gerade für die höhere Verwaltung. Alle republikanischen Juristen und Staatswissenschaftler müssen sich unter Hintansetzung persönlicher Vorteile für den Verwaltungsdienst zur Verfügung stellen. Jurist- und Verwaltungsbeamte müssen Initiative haben, Kenntnis und Verständnis der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, müssen auf die Dinge zugehen, sie nicht an sich heranlassen. Unverbehrlich sind heute und auch für die Zukunft für den Dienst in der Verwaltung die „Außenleiter“, die ihre Eignung zum Verwaltungsdienst im öffentlichen Leben außerhalb des gewöhnlichen Bildungsganges erwiesen haben. Das Regieren vom „grünen Tisch“ ist zu verwerfen; mehr als in jedem andern Beamtenberuf ist in der Verwaltung enge Fühlung mit dem wirklichen Leben Voraussetzung. Nicht slavisch an den Bestimmungen kleben, sondern das Vernünftige zu tun, muß Leitfaden jeder modernen Verwaltungsführung sein.

Im weiteren Verlauf des Vortrags ging der Minister dann auch auf

das Problem der Verwaltungsreform

ein und sagte, warum die bisherigen Reformversuche im Preussischen Landtag scheitern mußten. Ein Irrtum ist es, zu glauben, daß eine durchgreifende Umbildung der bestehenden Behördenorganisation in Preußen große Ersparnisse bringen würde. Selbstverständlich ist eine Vereinfachung der Verwaltung, eine Revision der Verwaltungsgrenzungen zur Schaffung von zweckmäßigen Verwaltungseinheiten dringend erforderlich. Dazu gibt es auch innerhalb der augenblicklich bestehenden Verwaltungsorganisationen Möglichkeiten, die nach der Staatsumwälzung nicht so unausgenutzt geblieben sind, wie vielfach in der Öffentlichkeit angenommen wird. Der Minister wies auf eine Reihe von Umgemeinungsbesetzen hin, die seit dem November 1918 vom Landtag angenommen sind. Bei der

Neuregelung kommunaler Grenzen

handelt es sich nicht nur um Vergrößerung von Stadtgebieten, sondern stets darum, zusammenhängende Wirtschafts- und Wohngebiete in einen Verwaltungsbezirk einzuziehen, leistungsschwache Bezirke durch Zusammenlegung lebensfähig zu machen, kurz, die öffentliche Verwaltung dabei zugleich zu rationalisieren. Das ist auch praktische Verwaltungsreform. Durch Angleichung des Bureaukratie an moderne Bureaukratie ist eine wesentliche Beschleunigung und Erleichterung des Verwaltungsganges zu erzielen.

Als eine wichtige noch zu leistende Aufgabe forderte der Minister die Kodifizierung des geltenden preussischen Verwaltungsrechts. Ein einheitliches, in Gesetzensform gefasstes Verwaltungsrecht besteht überhaupt noch nicht, ebensowenig wie ein einheitliches Polizeirecht. Die Verwaltung greift heute noch auf alte Gesetze, Kabinettsordres und Erlasse zurück. Durch Zusammenfassung und Kodifizierung des gesamten geltenden Verwaltungsrechts nach einheitlichen Gesichtspunkten wird eine außerordentliche Vereinfachung der Verwaltungsarbeit erreicht werden. Außerdem aber wird dadurch auch jeder Staatsbürger viel leichter in den Stand gesetzt, Maßnahmen einzelner Beamter auf ihre Gesetzmäßigkeit zu kontrollieren.

In seinen Schlussbetrachtungen führte der Minister aus, daß der Gegensatz Herrscher und Untertan, Regierer und Regierter heute endgültig überwunden sein muß. Der Beamte dürfe sich heute nicht mehr als Vorgesetzter des Bürgers, sondern nur als für den Dienst an der Bevölkerung berufen fühlen. Eine Beamtenliste darf es nicht mehr geben. Im neuen Staate hat jeder Anspruch darauf, von jedem Beamten und jeder Behörde als freier Staatsbürger angesehen zu werden. Erst wenn es gelungen ist, in den Beamten sowohl wie in der Bevölkerung das Bewußtsein erstarben zu lassen, daß beide Teile eines politisch reifen Volkes sind, dann werden wir sagen können, daß wir vollendet haben, was der November 1918 begonnen hat. Nicht auf neue Gesetze und Bestimmungen, sondern auf Geist und Inhalt der Staatsorganisation kommt es an.

der Wind sich legte. Der Schaden ist, wie wir erfahren, durch Versicherung gedeckt. Hierbei sei erwähnt, daß schon vor etwa 25 Jahren auf demselben Gehöft ein größerer Brand gemittelt hat, der ebenfalls von dem gleichen Brandherd ausging, aber die weitlich liegenden Gebäude ergriff, die heute erhalten blieben.

Osterweddingen

Arbeiterradfahrer. Die Versammlung hätte etwas besser besucht sein können. Zur Arbeitsgemeinschaft wurde Stellung genommen, der Verein wird ihr weiterhin angehören. Einige Delegierte wurden gewählt. Dann wurden die Aufgaben des Kreisartells besprochen und auf die Sitzung hingewiesen, die am Sonntag stattfindet, und die dringende Notwendigkeit eines Kreisartells anerkannt. Von einem Vergnügen wurde Abstand genommen. Die Reichsbanner-Veranstaltung am 15. Februar soll unterstützt werden. Die Frage der Beihilfen für Jugendpflege wurde erörtert; die vom Bund und Gau herausgegebenen Anweisungen müssen beachtet werden, damit der Verein zu seinem Rechte kommt. Für eine rege Berichterstattung im „Volksport“ und in der „Volksstimme“ muß gefordert und die Presse mehr beachtet werden.

Anieburg

Wohltätigkeitsveranstaltung. Am Sonnabend den 26. Januar findet in der „Grünen Linde“ ein öffentliches Tanzvergnügen zum Besten der Arbeiterwohlfahrt statt. Es wird ein Tanzgeld von 50 Pfennig erhoben. Für Zuschauber 25 Pfennig. Um zahlreichen Besuch bittet der Wohlfahrtsausschuß.

Vom Bergmannsverein Glückauf wurde der Arbeiterwohlfahrt ein Betrag von 25 Mark überwiesen.

Wanzleben

Arbeiterkamerader. Arbeiter, Angestellte, Frauen und Mädchen, die gewillt sind, sich in einer Arbeiter-Kamerader-Kolonie zusammenzuschließen, senden zwecks näherer Auskunft ihre Adresse an W. Vogt, Magdeburger-Ludau, Nordstraße 7.

Stadtkreis Burg

Auslieferung. Die Maschinenfabrik Zimmermann hat als einzige den Beschluß der Metallindustriellen befolgt und die Belegschaft von rund 100 Mann ausgeliefert. Die Metallarbeiter nehmen in einer Versammlung zur Auslieferung Stellung und sind sich einig, den Kampf mit aller Kraft zu führen und siegreich zu beenden. Auf das Verhalten der Firma Z. werden wir noch besonders eingehen.

Schuhmacher heute (Donnerstag) in der „Zentralhalle“, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Es wird Bericht von der Bezirksführung gegeben, die sich mit der Einführung der Invalidenversicherung im Verband beschäftigt hat. Es soll auch Stellung genommen werden zum Ablauf der Reichsverträge. Keiner versäume die Versammlung.

Biologisch-chemischer Verein. Im Kinoraum der Pestalozzischule, Kapellenstraße, findet am Freitag, abends 8 Uhr, ein Vortrag von Müller (Seimold) über „Erfaltungskrankheiten“ statt. Auch Gäste haben zu diesem Vortrag Zutritt.

Die Gewerkschaften und Interessenverbände, welche den Vereinstalender der „Volksstimme“ benutzen, werden gebeten, die Vereinstalendernotizen vorher zu bezahlen. Zu empfehlen ist es, sich bei uns ein Konto anzulegen, welches nach Vereinbarung berechnet werden kann. Viele Unstimmigkeiten würden auf diese Weise vermieden werden.

Kreis Wolmirstedt

Landgemeindetag. Die Jahresversammlung der Kreisabteilung Wolmirstedt des Verbandes der preussischen Landgemeinden tagte am Sonntag in Magdeburg. Anwesend waren die Vertreter von 85 Gemeinden und Gutsbezirken. Landrat Genosse Wötter nahm an der Tagung als Gast teil. Dem kurzen Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Gemeindevorsethers Kost (Groß-Modensleben), war zu entnehmen, daß von den 70 Gemeinden und Gutsbezirken im Kreise nur noch 11 dem Verband fernstehen, während es im Vorjahre noch 30 waren. Allerdings wird sich die Zahl der Mitgliedsgemeinden durch die Auflösung der Gutsbezirke wieder etwas vermindern, hoffentlich werden aber dafür alle Ge-

meinde- und auch die Amtsvorsteher Mitglieder des Verbandes werden.

Ein Vorlage des Vorstandes sah die Gründung einer Ausgleichsstufe für die Schulgemeinden vor. Sie soll den Zweck haben, die Kosten, die einzelnen Gemeinden durch die Erhaltung von Lehrkräften entstehen, auf die übrigen Gemeinden umzulegen. Der Plan wurde besonders von unsern Genossen lebhaft begrüßt, weil ja sonst jede einzelne Gemeinde die Kosten für den Vertreter des Erkrankten aufzubringen hätte. In den Kreisartells wurde die Bitte geäußert, die Gemeinden zwingungsweise zu einer Ausgleichsstufe zusammenzuschließen, wenn auf freiwilliger Grundlage ein Zusammenschluß nicht zustande käme.

Ueber das Arbeitslosenversicherungsgesetz hielt dann Herr Böcker vom städtischen Arbeitsamt in Magdeburg ein ausführliches Referat. In der Aussprache wurden zahlreiche Zweifelsfragen über die neuen Bestimmungen geklärt. Die zur Beratung gestellten neuen Statuten, die auch eine Verdrängung des Delegationsrechts bringen sollen, wurden zur nochmaligen Vorberatung an den Provinzialvorstand zurückverwiesen.

Die Tagung wird die letzte vor den Wahlen gewesen sein. Die Wählerchaft wird dafür sorgen, daß die Zusammenfassung der Gemeindevertretungen gründlich geändert wird, damit überall die Sozialdemokraten in der Kommunalverwaltung ausschlaggebend werden.

Ebendorf

Schreibergartenverein am Sonnabend den 26. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung beim Gastwirt Karl Laube.

Arbeiter-Gesangverein am Freitag den 27. Januar um 20 Uhr Singstunde beim Gastwirt Karl Laube.

Weihendorf

Öffentliche Volksversammlung am Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im Heppnerischen Saale. Einberufen ist die Sozialdemokratische Partei. Eintritt hat jedermann. Besonders eingeladen wird hiermit der Sekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Siebert, der doch in der letzten deutschnationalen „Hinterbühnenversammlung“ den Wunsch geäußert hat, sich mit unsern Genossen Döberkau einmal auszusprechen. Wir bieten ihm hierzu Gelegenheit, garantieren ihm freie Aussprache. Hauptredner ist der Landtagsabgeordnete und Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes Ernst Brandenburg (Magdeburg).

Dahlenwarsleben

Arbeiter-Gesangverein. Die Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht. Der Verein hat bei allen politischen Veranstaltungen mitgewirkt. Die Kassenverhältnisse sind gut. Der Verein besteht in diesem Jahre 30 Jahre. Es soll im Sommer ein Gesangsfest veranstaltet werden, ferner wurde beschlossen, im März einen Theaterabend zu veranstalten. Ueber das erste deutsche Arbeiterbundes-Gesangsfest in Hannover wurde lebhaft diskutiert. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, soweit es irgend möglich ist, zu dieser Kundgebung zu sparen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Der Verein hat sich zum Volkschor umgestellt und nennt sich Volkschor Dahlenwarsleben. Mit einem Liede wurde die sehr gut verlaufene Versammlung beendet.

Die Parteiversammlung mit Vortrag fällt am 28. Januar aus.

Ein gemeiner Streich. Ein Arbeitsloser war bis kurz vor Beendigung der Kampagne bei der Zuckersabrik beschäftigt. Durch Krankheit war er dann verhindert, die ihm angebotene Arbeit bei Krupp anzunehmen. Als der Mann die Arbeit nach seiner Genesung aufnehmen wollte, war die Arbeitsstelle besetzt, er mußte sich arbeitslos melden und bezog 4 Wochen lang seine Unterstützung, bis ihm eines Tages die Unterstützung verweigert wurde, weil beim Arbeitsamt ein auswärtiger Brief angekommen war, in dem dem Arbeitslosen zur Last gelegt wurde, er hätte die Arbeit verweigert und ägde es vor, lieber Unterstützung zu beziehen als zu arbeiten. Es ist traurig, daß jemand gegen einen Arbeitslosen aus Neid und Mißgunst solche Demütigung begeht.

Hogau

Gründung einer Frauengruppe. Am 20. Januar konnte hier eine Frauengruppe ins Leben gerufen werden, 18 Genossinnen,

Die noch bekannte Frauen mitgebracht hatten, wollten sich auch der Arbeiterwohlfahrt widmen. Es gibt aber noch immer viele Frauen, die Mitglied im sogenannten Vaterländischen Frauenverein sind, obgleich sie in den sozialdemokratischen Frauenverein gehören.

Filmvorführung „Die Weber“. Am Freitag den 27. Januar bringen die Magdeburger Lichtspiele den hervorragenden Film „Die Weber“ bei niedrigen Eintrittspreisen. Es kann jedem Arbeiter empfohlen werden, sich diesen Film anzusehen.

Kreis Neuhalbinsleben

30 Jahre Gewerkschaftsarbeit. In einer gut besuchten Vertreterversammlung des Ortsausschusses wurde vom Genossen Feldmann im Geschäftsbericht ein Rückblick über die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung am Orte gegeben. Mit Abschluss des Geschäftsjahres 1927 hat der Ortsausschuss sein 30. Geschäftsjahr beendet. Im letzten Jahre ist das Arbeitersekretariat von 2366 Rat und Auskunft suchenden Personen aufgeführt, denen 2798 Auskünfte erteilt wurden. Von den Auskunftsuchenden waren rund 300 nicht organisiert. Klagen vor dem Gewerbeamt wurden 59 vertreten, von denen mit Erfolg durch Urteil 18 und durch Vergleich 22 zu Ende geführt werden konnten. Vor dem Amtsgericht wurden 62 Klagen durchgeführt, von denen mit Erfolg durch Urteil 14 und durch Vergleich 11 erledigt wurden. 3586 Schriftsätze wurden angefertigt. Die Zahlstelle der Sparkasse der Arbeiterbank im Arbeitersekretariat vermehrte ihre Konten von 10 auf 36. Eingehalt wurden 11.000 Mark. Vom 15. Oktober an werden für Spargebühren mit täglicher Kündigung 5 Prozent, mit monatlicher Kündigung 6 1/2 Prozent und vierteljährlicher Kündigung 7 Prozent gewährt. Die Zentralbibliothek wurde 1927 von 144 Lesern benutzt, die insgesamt 1827 Bücher oder im Durchschnitt 12 bis 13 Bücher entliehen haben. In den Vorstand des Ortsausschusses wurden gewählt Schöpf, Gustav Schmidt, Fritz Niemann, Karl Schulze, Ernst Melzer, Heinrich Schweinert und an Stelle des erkrankten Genossen Winter Gustav Siebert. Die Revisionen Wejemann, Ewardy und Hollburg wurden wiedergewählt. Dem Ortsausschuss gehören 20 Verbände mit 3610 Mitgliedern an. Die Mitgliederzahl ist im 2. Quartal um rund 300 gestiegen. Die Sterbefälle hat im 4. Quartal 1927 neun Sterbefälle geregelt; in vier Fällen wurden 200 Mark, in zwei Fällen 230 Mark und in drei Fällen 250 Mark Sterbebeihilfe gewährt. Infolge der Mitgliederzunahme im letzten Jahre um rund 1000 ist es dem Vorstand möglich, den Beitrag für den Ortsausschuss von 54 auf 45 Prozent Mitglied und vierjährlicher herabzusetzen. Das Gewerkschaftsfecht, das gleichzeitig als 30jähriges Jubiläum gefeiert werden soll, wird am letzten Sonntag im Juni oder an einem der ersten Sonntage im Juli stattfinden.

Beendorf

Gemeindevertreter-Sitzung. Das Protokoll der Sitzung vom 19. Dezember wurde ohne Widerspruch genehmigt. Der Vorsitzende, Genosse Wiedersack, gab je ein Schreiben vom und an den Kreisaußschuß betreffend Auflösung des Kreisbezirks Groß-Partenleben und Eingemeindung desselben in Beendorf resp. Klein-Partenleben bekannt. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, beim Kreisaußschuß zu beantragen, daß Groß- und eivil. auch Klein-Partenleben in Beendorf eingemeindet werden sollen. Ein Antrag des Bürgermeisters Klauz und des Bergmanns Spieß auf eine Entschädigung von 300 Mark für 120 Meter Tomaten wurde zurückgelegt, da noch Erhebungen notwendig sind. Dem Vorsitzenden und 1. Schöffen wurden für die Teilnahme an der Konferenz der Amts- und Gemeindevertreter in Eilsleben je 8 Mark Spesen nachträglich bewilligt. Ein Antrag an den Kreisaußschuß, Beendorf als Gemeinde mit Wohnungszwang zu erklären, wurde nach Aussprache in der nächsten Sitzung weiter beraten. Die Turnvereinsverwaltung Beendorf, ehemals Arbeiter-Turnverein, beantragte eine einmalige Beihilfe von 100 Mark. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Bölsche, 2. Schöffe im Gemeindeparlament, begründete den Antrag. Während der Aussprache zog er jedoch den Antrag plötzlich zurück. Es folgte eine geheime Sitzung.

Aus der Partei-Generalsammlung, die gut besucht war, ist zu begründen, daß der Gesamtverband einstimmig wiedergewählt wurde. Der verstorbenen Genossen Wolfenbühl und Silbermann wurde gedacht. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller proletarischen Vereine wurde beschlossen. Der Vorsitzende soll die Sache bald in die Wege leiten. Alle Genossen wurden verpflichtet, an der Konferenz für Kommunalpolitik in Marienborn am 20. Januar teilzunehmen.

Hörselberg

Der Sportplatz kommt! Der Kreisaußschuß hat in seiner letzten Sitzung einen Antragsentwurf genehmigt, der die Gemeinde Hörselberg zur Beschaffung eines großen Sportplatzes verpflichtet. Das dazu nötige Gelände ist durch die Gemeinde bereits käuflich erworben. Da die Bahn und das Feldensholz den Platz umgeben, wird die gesamte Anlage eine sehr hübsche werden. Die Jugend wird im nächsten Sommer den Besuchern des Sportplatzes ihre Stimme geben. Die Gemeinde trägt die Ausgaben mit dem Gedanken, am Sportplatz, sobald die Eingemeindung des Kreisbezirks vollzogen ist, eine Restaurationshalle zu erbauen. Soffentlich reißt die Mittel auch noch zum Bau einer Turnhalle. Der Sündenweg wird natürlich bis zum Sportplatz gepflastert werden.

Hygieneausflug. Das Hygieneausflug von Dresden kommt nach Hörselberg. Arbeiterpartei, besucht diese sehr wichtige Ausstellung. Sie wird am Freitag um 15 Uhr eröffnet.

Achtung, Parteigenossen! Besetzt am kommenden Sonntag um 15 Uhr die sehr wichtige Kommunalkonferenz, in der die Genossen Dr. Lucas und Siegmund Grummenert sprechen werden. Die Arbeiterpartei begrüßt die auswärtsigen Genossen mit einem Kampflied. Genossen, bringe eure erwählten Wähler, Söhne und eure Frauen mit.

An die Kunstliebenden Genossen. Sein Jahren besteht in Schöningen, unter Nachbarn, eine sehr rege Kunstgenossenschaft, die dem Volkshausverband angeschlossen ist. Bernsteine, Skulpturen und Gemälde des In- und Auslandes haben der Kunstgenossenschaft schon oft genutzte Stunden gegeben. Unsere Kunstgenossen sind die letzten Personlichkeiten in der Kunstgenossenschaft, waren erst, wenn auch wir Parteigenossen in Hörselberg von dieser schönen Einrichtung im eigenen Interesse gegen Gebrauch machen würden. Alle Ehre den Stadträten von Schöningen, die das Kurhaus mit seiner modernen Wasserversorgung zur ersten Bühne des Braunschweigischen Landes erhoben haben!

Sundsbürg

Schuppenbrand. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag brach in der Scheune der Wiswederschen Erben ein Schuppenfeuer aus. Es gelang, das Vieh zu retten. Sämtliche in der Scheune lagernde Heu- und Strohborrate sind vernichtet.

Wefensleben

Gemeindevertreter-Sitzung. Nach langer Pause fand am Montag wieder einmal eine Sitzung statt. Zu Anfang wurde die Eingemeindungsfrage beraten. Durch die Auflösung der Kreisbezirke werden die circa 90 Morgen Wieje (Teichwieje), die zum Kreisbezirk Sommerhagenburg gehören, in die Hoheit der Gemeinde Wefensleben übergeben. Der Gemeindevorstand wurde einstimmig ermächtigt, die Regelung in diesem Sinne zu beantragen und durchzuführen. Dann wurde eine Kommission, bestehend aus Gemeindevertreter Herzberg, Schöffen Rogmann und Genossen Bor mann gewählt. Diese soll die Reparaturbedürftigkeit des Schneiderrschens, später in Gemeineigentum übergehenden Grundstücke feststellen und eventuelle Kostenanschläge von hiesigen Handwerkern einfordern. Danach wurde über das Projekt der Badeanstalt debattiert. Einstimmig wurde

die Notwendigkeit anerkannt. Die Vorschläge, am Hauptgraben ober auf dem Werke die Anlage zu errichten, wurden abgelehnt. Es soll danach getrachtet werden, bei der Villifikation der Aller (Umlegung des Laufes) in diesem Jahre den Bau der Badeanstalt mit durchzuführen. Eingewiesen wurde darauf, daß Arbeit nur an den bestimmten Zeiten abgefahren werden darf. Den Wiesenpächtern wird nochmals in Erinnerung gebracht: Die Pachtzeit, welche die Gemeinde als Generalpächter der Wiesen mit dem Gute Sommerhagenburg mit 6 Jahren vereinbart hat, ist auch für jeden Parzellenpächter bindend. Ausnahme ist nur bei Austausch möglich.

Kreis Calbe

Unterstützt die einheimischen Kostleiden! Für das Deutschtum im Ausland sind 290 Mark hier gesammelt worden. Das ist ja ganz nett; das Geld ist einsteilen bei der Kreispartei deponiert, bis eine Verwendungsmöglichkeit beschlossen worden ist. Man weiß wahrscheinlich noch nicht, wem man die Spende zukommen lassen will. Wir wollen einen Vorschlag machen: Schafft das Geld zum Wohlfahrtsamt oder gebt es der Arbeiter-Wohlfahrt für die Kindererziehungen. Dort ist es gut angelegt. Haben wir in Allen nicht genug Kostleiden? Diejenige, die in erster Linie zu helfen.

Eine neue Feste im Gange. Den Vorstand des Konsumvereins, der vorwiegend aus Parteigenossen besteht, versucht man wieder mal zu kürzen und ihn bei den Mitgliedern in schlechtes Licht zu setzen. Eins unserer Mitglieder war Zeuge einer Unterredung, die zwischen einigen kommunistisch angehauchten Besuchern der Stadtverordneten-Sitzung stattgefunden hat. Es ist nicht das erntemal, daß im geheimen solche Pläne geschmiedet werden. Bisher ist den Mitgliedern ihr Vorhaben noch nicht gelungen. Die verständigen und eifrigen Mitglieder des Konsumvereins werden auch diesmal nicht auf die Verleumdungen hereinfallen.

Der Neubau der Bahnhofsverwaltung geht seiner Vollendung entgegen; der Betrieb wird in den nächsten Wochen aufgenommen. Damit dürften die Spottleien der Reisenden in Wegfall kommen. Hoffentlich werden nun auch die Kleingartenbesitzer Straße und die verlängerte Gartenstraße gepflastert.

Stadtverordneten-Sitzung. Im neuen Jahre scheinen die einzelnen Gemüter ruhiger gestimmt zu sein. Vor allem war dies bei der kommunistischen Fraktion zu verspüren. Anwesend waren 19 Stadtverordnete. Als Stadtverordneter-Vorsitzer wurde der von seiner kommunistischen Fraktion vorgeschlagene Stadtverordnete Ulrich mit 7 Stimmen seiner Genossen bei 12 Enthaltungen wiedergewählt. Dasselbe Verhältnis bei den Wahlen des Stadtverordneten Gölze, des Schriftführers Franke und Stellvertreters Schulze. In die Kommission zur Vorprüfung des Etats wurde von jeder Fraktion ein Stadtverordneter gewählt. Für die Naturalquartierentförmigung kommen dieselben Sätze wie im vergangenen Jahr in Frage. Zur Vermieter- und Mieterbeizungswahl zum Mieteneinigungsamt sprach unser Genosse Gölze. Er sprach dem Vorsitzenden auf der Seite, um einen guten Verlauf der Sitzung zu gewährleisten. Die chemische Fabrik Ehrenberg möchte von der Stadt Fläche für Uebe angewiesen haben. Dem Magistratsbeschlusse wurde nur zum Teil beigegeben. Es wurde dem Bürgermeister wegen der Dauer der Abnahme (Ehrenberg wünscht 20 Jahre) aufgegeben, noch einmal Rücksprache zu nehmen. Weiterhin beschloß die Versammlung die Genehmigung zur Führung eines Prozesses in Pachtangelegenheiten und die Bewilligung der entl. entstehenden Prozesskosten gegen die Schiffbauerei Plade. Die letzthin festgelegten Sätze betr. Ermäßigung der Realsteuerzuschläge sind von der Regierung nicht genehmigt worden. Die Versammlung gab zu nachstehenden Sätzen ihre Zustimmung: 30 Prozent für den bebauten und 425 Prozent für den unbebauten Teil, 700 Prozent vom Ertrag und 1300 Prozent von der Lohnsumme. Nachdem unser Genosse Gölze einige Ausführungen über die Zweckmäßigkeit der Verdingungsordnung für Bauleistungen gegeben hatte, wurde diese Ordnung auch für Allen genehmigt. Zum Schluß wurde dem Stadtverordneten Nerjeburg (Bürgerblock) wegen seines eingehenden Zuspruchs eine befriedigende Antwort durch den Bürgermeister zuteil.

Versteckte Diebstahl. Im vergangenen Sonntag wurden die beiden Arbeiter Sch. und B. in der Feldmark, nahe der Leipziger Chaussee, beim Wäldern erfaßt. Der Landwirt Hr. Weißner alarmierte, als er einen Schuß gehört, die Landjäger in Hendorf und Verne. Diese waren auch gleich zur Stelle. Mit dem Führer des A. machte man sich auf die Suche. Die Strafe für Sch. wird wohl härter ausfallen, da er wegen Wälderns bereits mehrere Male bestraft und da jetzt Sühngeld für Dajen ist.

Viere

Fabrikarbeiterverband. In der stark besuchten Generalversammlung gab der Geschäftsführer, Kollege Schiller, den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse konnten als zufriedenstellend bezeichnet werden. An der Geschäftsführung wurde keine Kritik geübt, die Mitglieder sprachen vielmehr ihre Anerkennung und ihr Vertrauen zur Geschäftsführung aus. Bei der Wahl der Delegierten zur Generalsammlung konnten es sich die Kommunisten nicht verkneifen, mit einer eignen Vorzugsliste aufzutreten. Aber nur ein Duzend Stimmen konnte die Opposition aufbringen. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeiterpartei von Calbe nichts mehr mit der Taktik der Moskauer im Sinne hat und daß die Kommunisten überall abwärtsfahren. Wie die Moskauer ihre Gewerkschaftstätigkeit im allgemeinen auffassen, haben sie in der letzten Versammlung des Mietervereins bewiesen. Da die Bureauelemente des Fabrikarbeiterverbandes und des Ortsausschusses seit langem nicht mehr ausreichen, wurde an den Magistrat der Antrag gestellt, die bisherigen Räume des Arbeitsamtes, welche durch Fertigstellung des neuen Arbeitsamtes frei geworden sind, an den Fabrikarbeiterverband zu vermieten. Der Magistrat hat dem Antrag zugestimmt. Aber die Kommunisten laufen in der Mieterversammlung dagegen Sturm. Zeigt das nicht deutlich genug, daß die Kommunisten ihre politische Dummheit mißbrauchen?

Calbe

Festgenommen wurden drei „fille Zeilhaber“ der Gewerkschaft „Kopf“. Polizeibeamte erlappten sie beim Holzdiebstahl. Ein vierter, der Schmiere stand, ist entkommen, ist aber erfaßt worden.

Ein Geisteskranker, der nach Wernburg transportiert werden sollte, ist auf Bahnhof Wernburg entwichen, und hat seinen Weg querfeldein nach Calbe genommen. Die sofort von Wernburger und Calber Polizeibeamten angenommene Verfolgung war erfolglos. Der Ausreißer namens Hiller ist 30 Jahre alt und von unterer Statur, trägt Vollmanns, ein Arm ist tätowiert und hat eine Narbe über dem linken Auge. Die hiesige Polizeiverwaltung bittet, beim Auftauchen des Flüchtlings um sofortige Mitteilung, da der Kranke gemeingefährlich ist.

Löbberg

Eine Gemeindevertreter-Sitzung fand am Dienstag im Lehrzimmer statt. Viele Zuhörer hatten sich zur Sitzung eingefunden. Einem Antrag des Kreises, für die von ihm zu errichtende ländliche Fortbildungsschule die Kosten für Heizung und Licht zu übernehmen, wurde zugestimmt. Durch die Auflösung der Kreisbezirke wurde die Frage der Eingemeindung des Kreisbezirks Hörselberg besprochen. Es wurde einstimmig beschlossen, für die Eingemeindung Hörselbergs einzutreten. Der Gemeindevorstand begründete das damit, daß Löbberg und Hörselberg schon ein Amtsbezirk und ein Schiedsmannsbezirk sind und beide eine Pfarstelle haben. Die Fortbildungsschule wird für beide Orte gemeinsam errichtet. Löbberg und Hörselberg sind durch die Wasserwerkverwaltungsanlage verbunden, deren Verwaltung bei der Eingemeindung vereinfacht wurde. Für den Bau des Wohn-

hauses in der Gänsefurter Straße soll eine Hauszinssteuerhypothek bis zur Höhe von 48.000 Mark vom Kreise aufgenommen werden. Dem Antrag des Deutschen Bauvereins um Zulassung zur Schulzinspflege wurde stattgegeben. Die Kosten in Höhe von 200 Mark jährlich wurden bewilligt. Die Hausbesitzer der Neustadtstraße, durch deren Grundstücke der neuerbaute Abflusssanal führt, verlangen von der Gemeinde die Zahlung einer Anerkennungsgeld von 5 Mark jährlich. Der Gemeindebevollmächtigte diese Summe zu hoch und sie beauftragte den Gemeindevorstand, mit den betreffenden Besitzern nochmals zu verhandeln. Gemeindebevollmächtigte Hoffmann regte an, die in sehr schlechtem Zustand befindliche Heber- und Angerstraße zu betreten. Das wurde vom Gemeindevorstand zugestimmt.

Trotha

Volkstino-Vorstellung. Am 1. Februar, nachmittags 3 Uhr findet im „Kasseler“ eine Kinovorführung für Kinder statt. Eintrittsgeld 20 Pfennig. Abends wird für Erwachsene der große Film „Der Kreuzzug des Weibes“ und für Sportler „Die neue Großmacht“ gezeigt. Das große Treffen des Reichsbanners in Leipzig ist ebenfalls auf dem Filmbreite festgehalten. Anfangs abends 8 Uhr. Erwerbslose erhalten an der Kasse Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen. Genossen, sorgt für guten Besuch der Veranstaltung.

Preußisch-Benedict

Generalversammlung der Partei am Sonntag den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Hermann Petermann. Landtagsabgeordneter Genosse Rafften hält einen Vortrag. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung. Die Generalversammlung hätte besser besucht sein müssen. Genosse Oswald Schwedter gab den Jahres- und Kassenbericht. Die Ortsgruppe hat sich sehr gut entwickelt. In den Vorstand wurden die Genossen Hering als Vorsitzender, Schwedter als Kassierer und Paul Heine mann als Schriftführer gewählt. Revisionen wurden Karl Wunke und Robert Karntenthal. Zur Bezirkskonferenz nach Halberstadt wurde Genosse Schwedter delegiert. Beschlossen wurde, daß im Frühjahr eine öffentliche Versammlung abgehalten werden soll. Ferner soll ein Auditorium besichtigt werden.

Bad Salzungen

Die Sitzung des Sportartells war sehr gut besucht. Genosse Schader (Magdeburg) hielt einen lehrreichen Vortrag über den Wert des Artells und zeigte auch die Aufgaben und Ziele der Arbeiter-Kultur- und Sportbewegung. Aus dem Geschäftsbericht des Genossen Schulze war zu sehen, daß noch rege Aufklärungsarbeit notwendig ist, um in unserm Ort eine gute Beteiligung an der Arbeiter-Sportbewegung zu erreichen. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender B. Schulze, 2. Vorsitzender Fr. Liebe, Kassierer R. Schmidt, Schriftführer S. Lichtenfeld, Revisor A. Jänike und G. Büttich.

Kassiererverein Frickauf. Die Monatsversammlung war sehr gut besucht. Es wurden wieder einige neue Mitglieder aufgenommen. Die Berichte des Vorstandes und des Kassierers waren zufriedenstellend. Es wurde beschlossen, zwei neue Saalmaschinen anzuschaffen.

Ueberfallen. Eine Frau wurde in später Abendstunde in der Dammstraße von zwei Männern überfallen. Die Täter entrißten der Frau nach ihrer Angabe eine braune Ledertasche mit Inhalt. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Das Pflaster in der Marktstraße weist metergroße Löcher auf. Da die Marktstraße Kreisstraße ist, möge der Kreis auch schnellstens für Beseitigung dieses Uebelstandes Sorge tragen. Die in den letzten Tagen ausgeführten Reparaturen sind ganz unzulänglich.

Schönebeck

Stadtverordneten-Sitzung.

Sämtliche Stadtverordnete waren erschienen, auch Engel (bürgerlich) und Günther (Komm.), die sich hatten beurlauben lassen. Es standen wie immer 15 Rechte gegen 14 Linke. Der Vorsitzende warf zuerst einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1927. Er gedachte dabei auch der verstorbenen Mitglieder des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums. Genosse Hellge beantragte, eine auf die Lageordnung der nichtöffentlichen Sitzung gesetzte Gewerbesteuer-Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu beraten. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Von unserer Seite wurde dann als Vorsitzender Genosse Hellge vorgeschlagen, aber gewählt wurde der bisherige Vorsitzende Helling (bürgerlich). An den weiteren Vorstandswahlen beteiligten sich die Sozialdemokraten und Kommunisten nicht. 2. Vorsitzender wurde nun Schildner, Schriftführer Hollborn, Stellvertreter Rafften. In die Kommissionen wurden die bisherigen Mitglieder gewählt. In seinem Bericht über die Kassenprüfung bemängelte Stadtverordneter Rafften, daß ein Ueberfluß von 44 Mark vorhanden ist, der auch nicht ausgerechneten Unterstützungsgebern herrührt. Die Rechnungen der Gymnasial-, der Schul- und der Ackerklasse für 1926 wurden anerkannt. Auf eine Beanstandung hin erfolgte befriedigende Aufklärung.

Als stellvertretender Beiziger des Mieteneinigungsamtes wurde der Kaufmann Karl Henneberg gewählt, da der bereits gewählte Mietervertreter Wolcott abgelehnt hatte. Zur Einmündung nach der neuen Befolungsordnung wurde eine Kommission gewählt. Vom Magistrat gehören ihr der 1. Bürgermeister, Stadtrat Jährling und Stadtrat Genosse Rafften, von den Stadtverordneten Sidorf und Obenauf (bürgerlich) und Gildesbrand und Hartung (Soz.) an.

Zur Vorbereitung eines Vertrages mit dem Gas- und Elektrizitätswerk zur Regelung der Uebernahme im Jahre 1930 wurde die Stadt wurde eine Kommission gewählt. Sie besteht aus den Stadtverordneten Schildner, Werner, Schneider, Hellge und Kämmich und den Magistratsmitgliedern: Erster Bürgermeister Dr. Greberus, Stielz, Jährling, Rafften, Busch und Freyberg.

Der Uebernahme einer von 20.000 auf 32.000 Mark erhöhten Bürgerschaft für Deichverband Grizhne-Barby-Schönebeck wurde zugestimmt. Genosse Rafften geißelte in längeren Ausführungen das Verhalten des Unternehmers gegenüber der Arbeiterpartei. Nicht einmal Schönebecker Unternehmer sind beteiligt worden. Der Unternehmer ist schuld an der Nachbemilligung. Er hat sich gute Tage gemacht, täglich 100 Mark und noch mehr eingetrudelt. Es ist bedauerlich, daß sich an der Verleumdung gegen die Arbeiterpartei und ihre Führer, die „hohen Wöyne“ seien schuld, auch Stadtverordnete beteiligen. Genannt wurde der Name Parnebach. Der Referent Rafften und der 1. Bürgermeister bestätigten die Angaben Rafften.

Für den Spar- und Bauverein wurde eine Bürgerschaft in Höhe von 60.000 Mark übernommen. Stadtverordneter Schöler meyer, der gleichzeitig der Vorsitzende des Hausbesitzervereins ist, wünschte, daß auch an Private und für Altbauwohnungen Geld zur Verfügung stehen. Nicht nur kleinere Wohnungen sollen gebaut werden, sondern auch große. Der Spar- und Bauverein baut an der Ecke Dr.-Martin-Luther-Straße und Lessingstraße Altbauwohnungen, die nötig gebraucht werden. Seinen wahren Wert brachte Herr Schöler erst später zum Ausdruck, als er über die niedrigen Mieten herzog. Einem Hausbesitzer kann man solche Schmerzen nachfühlen. Unsere Genossen Rafften und Hartung zeigten ihm, wie richtig seine Politik ist. Genosse Schöler wies darauf hin, daß eine Menge Klagen vorliegen. Viele Leute können die Mieten nicht zahlen. Der Bau von großen Wohnungen muß zum vollkommenen Bestand der Mietsbewohnen führen.

Die Sitzungen der Sparkassen nach einer Ministerordnung wurden einstimmig angenommen. Von den städtischen Körperchaften war beschlossen worden für das Rechnungsjahr 1925 1000 Prozent Gewerbeertragssteuer

Zuschlag zu erheben. Dieser Beschluss hatte die Genehmigung des Bezirksamtes und die Zulassung durch den Oberpräsidenten in Magdeburg erhalten. Die Steuer war entsprechend der Reichseinkommensteuer voranzugreifen. Die Höhe der Vorauszahlung richtete sich für das Jahr 1925 nach dem Steuergrundbetrag des Beitrags, der auf die Reichseinkommensteuer oder Körperschaftsteuer zu zahlen war. Da die endgültige Veranlagung zur Gewerbebeitragssteuer erst nach Ablauf des Steuerjahres festgestellt werden konnte, so konnte die genannte Steuer erst im Jahre 1926 endgültig zur Erhebung kommen. Bei der Festsetzung der endgültig zu erhebenden Gewerbebeitragssteuer stellte es sich heraus, daß bei Erhebung des ursprünglich beschlossenen 1000prozentigen Zuschlags von dem nachträglich festgesetzten Gewerbebeitragsgrundbetrag (also nicht mehr Reichseinkommen Grundbetrag) der Voranschlag des Haushaltsplans für das Steuerjahr 1925 nicht unerheblich überschritten würde. Auf Drängen der Aufsichtsbehörden wurden deshalb von den beiden städtischen Körperschaften beschlossen, nur 750 Prozent zu dem Gewerbebeitragsgrundbetrag zu erheben, jedoch mit der Maßgabe, daß auch fernerhin für die Vorauszahlungen der 1000prozentige Gemeinbezugszuschlag bestehen bleibt.

Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern hat der Regierungspräsident in Magdeburg durch Verfügung vom 9. Januar 1928 den Ersten Bürgermeister bzw. den Magistrat angewiesen, die Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 14. Dezember 1926 und 13. Januar 1927 als ungültig zu bezeichnen. Dieser Anweisung mußte nach dem Gesetz Folge geleistet werden. Der Erste Bürgermeister hat am 17. Januar den Beschluss des Magistrats vom 14. Dezember 1926 und der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar 1928 den Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Januar 1927 beanstandet. Die Beanstandung durch den Magistrat ist der Stadtverordneten-Versammlung am 23. Januar zur Kenntnis gebracht worden.

Weder der Erste Bürgermeister noch der Magistrat noch die Stadtverordneten-Versammlung teilen die Rechtsansicht des preussischen Ministers des Innern. Durch die Beanstandungen durch den Ersten Bürgermeister und den Magistrat ist zunächst der ursprüngliche Zustand, daß für das Rechnungsjahr 1925 ein 1000prozentiger Gewerbebeitragszuschlag zu erheben sei, wieder in Kraft getreten. Würde nunmehr eine Nacherhebung erfolgen, so müßten die Gewerbetreibenden Schönebeds schätzungsweise 55 000 Mark Gewerbesteuer für das Steuerjahr 1925 nachzubehalten haben. Umgekehrt kann auch dem Vorschlag des preussischen Ministers des Innern, die Anwendung der Ermäßigungen nach den oben genannten Beschlüssen auch auf die Steuerfälle auszudehnen, bei denen die Höhe der zu entrichtenden Steuer begrenzt ist, nicht Folge geleistet werden. In diesem Falle müßte die Stadt Schönebeck schätzungsweise 14 000 bis 15 000 Mark an die steuerpflichtigen Gewerbetreibenden von 1925 zurückzahlen. Da dieser Betrag aus laufenden Mitteln nicht eingebracht werden könnte, müßte zur Aufbringung dieses Betrags die Gewerbebeitragssteuer für das laufende Steuerjahr um etwa 70 bis 80 Prozent erhöht werden.

Aus all diesen Gründen entschloß sich die Stadtverordneten-Versammlung, im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Magistrat die Beanstandung durch den Magistrat zu befeitigen. Der Stadtv. Genosse Hartung übernahm die Klage. Dann wurden noch Anfragen des Stadtv. Kämmich (Komm.) vom Magistrat beantwortet.

Veranstaltungen. Ein großes bairisches Alpenfest veranstaltet das Reichsbanner am Sonnabend im „Stadtpar“. Drei Kapellen konzertieren. Karten sind noch im Metall- und Fabrikarbeiter-Bureau sowie im Konsumverein zu haben (siehe Inserat). — Am Sonntag veranstaltet im „Stadtpar“ der 1. chymatische Affordesein Freundeschaft eine große Masken-Redoute in den „Bairischen Alpen“. Unterstützt auch diese Veranstaltung, denn bei allen größeren Anlässen der Partei und Gewerkschaften, ist es der Musikverein Freundeschaft, der unentgeltlich seine Veranstaltungen verschönt. (siehe Inserat). — Das Lokal Breite Weg 47, „Zur Linde“, ist käuflich in den Besitz von Friedrichsen übergegangen. (siehe Inserat).

Schönebeck-Felgeleben
Die Frauenversammlung war gut besucht. Es wurde eine S. B. D.-Frauenzweig Felgeleben-Sachsenland gegründet. Ihr traten sofort 31 Mitglieder bei, davon 18 neu in die Partei aufgenommenen Frauen. In den Vorstand wurden gewählt die Genossinnen Müller 1. Vorsitzende, Schiele 2. Vorsitzende, Busch Passierer, und Kuhn jun. Schriftführer. Die Zusammenkünfte finden alle 14 Tage Montags 20 Uhr bei Kerzen statt. Arbeiterfrauen, werdet Mitglied und besucht regelmäßig die Zusammenkünfte.

Wichtige Sitzung der Parteifunktionäre am Donnerstag den 2. Februar, 20 Uhr, bei Kerzen. Genosse Busch (Schönebeck) wird anwesend sein.

Metallarbeiter. Die Bezirksversammlung am Freitag den 27. Januar kann nicht stattfinden.

Stadtkreis Albersleben

Bericht des Arbeitsamtes. Von 285 männlichen und 20 weiblichen Unterstützungsbefähigten in der Arbeitslosenversicherung, und 124 männlichen und 2 weiblichen in der Krisenfürsorge am 30. November ist die Zahl bis zum 31. Dezember auf 699 männliche und 47 weibliche resp. 295 männliche und 10 weibliche gestiegen und hat sich bis 20. Januar weiter auf 688 männliche und 74 weibliche bzw. 294 männliche und 5 weibliche erhöht. Die Zahl der Vollarbeitslosen betrug Ende November 875, Ende Dezember 1381 und am 20. Januar 1465. Diese gematete Zunahme der Arbeitslosenziffer ist infolge der Witterungsverhältnisse auf die vollständige Einstellung der Arbeiten in den Außenberufen und die Beendigung der Zuderrückampagne zurückzuführen. Die mildere Witterung im Januar hat im beschränkten Maße Erd- und Auarbeiten wieder zugelassen. In Anträgen wurden gestellt im Dezember 163 auf Krisenunterstützung und 473 auf Arbeitslosenunterstützung, im Januar bis jetzt 67 bzw. 246. Auf Beschluss des Spruchauschusses wurde die Unterstützung in zwei Fällen nach einer Wartezeit von 2 Wochen und in einem Falle nach 3 Wochen bewilligt. In Ausgaben sind entstanden: 47 349 Mark Unterstützungen, 2157 Mark Krankentageverträge, 1651 Mark Familienzuschläge für auswärtig Beschäftigte, 78 Mark für Arbeitsunterstützung und Reisestkosten und an Verwaltungskosten 3228 Mark. Die Krisenfürsorge erforderte einen Aufwand für Unterstützungen von 16 113 Mark, 91 Mark Krankentageverträge und 346 Mark Familienzuschläge für auswärtig Beschäftigte. Von den Gesamtausgaben im Betrag von 71 838 Mark entfallen auf die angeschlossenen Gemeinden 4345 Mark, auf die Reichsanstalt (Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) 58 390 Mark und auf das Reich für die Krisenunterstützungen 13 902 Mark. Außerdem hat die Stadt Albersleben für 93 Arbeitslose im Dezember 4578 Mark aufgewandt. Die Zahl dieser Unterstützten ist bis zum 20. Januar bereits auf 160 gestiegen.

Aus der Altmark

Auf dem Ferkelmarkt waren angetrieben: 325 Ferkel, 15 Bülle und 14 Schweine. Die Preise zogen an. Es kosteten bis 6 Wochen alte Ferkel 8—12 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 12—16 Mark, 8 bis 13 Wochen alte 15—25 Mark. Für Bülle wurden bezahlt: 8 bis 4 Monate alte 25—38 Mark, 4 bis 5 Monate alte 30—45 Mark, mehr als 5 Monate alte 40—50 Mark. Der Handel ging flott. Der Markt wurde geräumt.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im Rathhausaal.

Quetschungen. Infolge Quetschungen verlor der Arbeiter Hans W., der am Schwimmbadger des Kulturbauamts Magdeburg beschäftigt ist, zwei Glieder des Beins und des Ringfingers. Er war in die Regelräder am Ende des Transporteurs geraten.

Waherburg
Leben und Lab. Nach handelsamtlicher Feststellung sind in unserm Orte im Jahre 1927 22 Geburten und 20 Sterbefälle zu verzeichnen. Außerdem sind 18 Ehen geschlossen.

Kalbe a. d. Milde
Auf dem Ferkelmarkt waren nur wenige Tiere angefahren. Es scheint, daß ein Ueberangebot nicht mehr besteht. Bei reger Nachfrage und steigenden Preisen gab man für Ferkel im Alter von 6 bis 8 Wochen 12—14 Mark; 6 bis 7 und 8 Wochen alte Ferkel kosteten 16—18 Mark. Der Markt endete ohne Ueberstand.

Seeligen
Mitgliederversammlung der Partei am Montag den 30. Januar, 20 Uhr. Landtagsabgeordneter Genosse Müller (Stendal) wird sprechen.

Börzig-Uchterspringe
Mitgliederversammlung der Partei am Dienstag, 31. Januar, 20 Uhr, in Börzig im Lokal Wittge. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Müller (Stendal).

Osterholz
Unfall bei der Arbeit. Auf dem hiesigen Mittergut ereignete sich am Dampfplug ein schweres Unglück, dem der Maschinist zum Opfer fiel. Als er Schladen entfernen wollte, flammte Feuer auf und ergriß seine Kleider. Obgleich sofort hilfsbereite Leute zur Stelle waren, erlitt der Maschinist schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß seine Ueberführung in das Stendaler Johanniter-Krankenhaus notwendig war.

Debitfelds-Raltendorf
In den Konsumverein ist in der Nacht zum 24. Januar eingebrochen worden. Der Täter ist durch ein Fenster, das er durch Gindrücken einer Scheibe geöffnet, in den Kontorraum eingetreten. Hier erbrach er zuerst einen Tischkasten und entwendete eine kleine Geldsumme, die hier aufbewahrt lag. Einen andern Tischkasten öffnete er mit dem dazu gehörigen Schlüssel, den er in einem dem Geschäftsführer gehörenden Schlüsselbund gefunden hatte. In diesem Tischkasten fand er aber nichts. Ferner versuchte er auch, jedoch vergebens, den Geldschrank mit Gewalt zu öffnen. Er muß hierbei geflohen worden sein, denn er hat unter Zurücklassung seines Stemmzeigens mit Holzgriff, eines Lichtstumpfes (Weihnachtskerze) und eines sogenannten Senienhammers die Flucht ergriffen. Der Täter muß sich, nach Blutspuren zu schließen, verkehrt haben. Wer zur Aufklärung des Einbruchs Angaben machen kann, wird gebeten, sich im Rathaus, Zimmer 8, zu melden.

Zangerhütte
Verbrannte Mähderturft. In der Nacht zum 25. Januar wurden die Einwohner durch die Feuerföhne aus dem Schlafe geweckt. In der Kaiserstraße 9 war in der Mähderturmer ein Brand entbrannt. Die aufgehängten Wurjwaren wurden ein Raub der Flammen. Auch der Dachstuhl brannte nieder. Durch die Nachlässigkeit des Beamten des Mitteldeutschen Wachsinstituts, der das Feuer bemerkte und sofort die Feuerwehr alarmierte, die dann sehr schnell zur Stelle war, konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden.

Lichtbildervortrag. Die Frauengruppe veranstaltet am Mittwoch den 1. Februar um 20 Uhr im „Schwarzen Adler“ einen Lichtbildervortrag mit dem Thema „Die proletarische Frau, das proletarische Mädchen“. Starke Besuch wird erwartet.

Salzwedel

Vom Ortsauschuß für Arbeiterwohlfahrt. Die Arbeiterwohlfahrt kann auf eine rege Tätigkeit im Jahre 1927 zurückblicken. Sie darf sich behaupten, ihre Aufgaben restlos erfüllt zu haben. Es wurden im Laufe des Jahres 12 Wöchnerinnen und 8 andre fränke und bedürftige Personen mit Milch, Butter, Eiern oder Wäsche unterstützt. 10 Kinder erhielten zur Schulentlassung Unterstützungen im Werte bis zu 15 Mark. In den Osterferien wurde 34 Schulkindern zwei Wochen lang täglich ein Frühstück von 1/4 Liter Milch und einem Brötchen verabreicht. Während der Sommerferien veranstalteten unsere Genossinnen einen Tagesausflug nach den ehemaligen Schießständen bei Gütthlich. 88 Kinder nahmen daran teil. Die Kinder wurden mit Mittagessen und am Nachmittag mit Kaffee und Brötchen bewirtet. Leider machte ein allzu schnell heraufziehendes Gewitter der Freude so jäh ein Ende. Im Monat August wurde ein vom Ortsauschuß vorgeschlagener Genosse auf 4 Wochen in ein Heim der Arbeiterwohlfahrt in der Goltsteinischen Schweiz und 14 Tage in einem Heime bei Dessau auf Kosten der Arbeiterwohlfahrt untergebracht. Zum Weihnachtstfest wurde der Ortsauschuß vom Magistrat aufgefordert, Listen Bedürftiger einzureichen. 55 Personen wurden namhaft gemacht. Leider wurden einige als nicht bedürftig zurückgewiesen; sie sind aber von der Arbeiterwohlfahrt bedacht worden. Es wurden zu Weihnachten noch weitere Personen beschenkt; die Pakete wurden ihnen ins Haus getragen. Die Mittel hierzu sind fast ausnahmslos von der Salzwedeler Geschäftswelt aufgebracht worden. Leider konnte eine Weihnachtsfeier aus Mangel an Mitteln nicht mehr veranstaltet werden. Im Laufe des Jahres wurde der Verein Säuglingsheim gegründet. Die Arbeiterwohlfahrt trat ihm bei. Weiter so, Arbeiterwohlfahrt, und dein Werk wird sich immer mehr ausbreiten zum Wohle aller Bedürftigen!

Gardelegen

Die Auszahlung der Heerrenten für den Monat Februar 1928 erfolgt am Sonnabend den 23. Januar im „Lübke“.

Metallarbeiter-Versammlung am Sonnabend den 28. Januar im Vereinslokal.

Stadtkreis Stendal

Stadtverordneten-Fraktion. Sitzung am Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am Sonnabend den 28. Januar, 18 Uhr, im Rathaus. U. a. Haushaltsberatungen und wichtige sozialdemokratische Anfragen.

Metallarbeiterverband. Am Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Es gilt, zu den Verschlechterungen des Manteltarifvertrages Stellung zu nehmen.

Wer hat Freunde am Musizieren? Im Jugendheim, Am Dom, finden sich wöchentlich am Donnerstag um 20 Uhr Mitglieder der Arbeiterjugend, junge Parteigenossen und Freunde unfer Bewegung zusammen, um gemeinsam in einem hierfür vom Ortsauschuß für Jugendpflege bereitgestellten Zimmer Musikunterricht zu empfangen. Ein Musiklehrer leitet die Abende sorgfältig. Wer noch Lust hat, Musik zu erlernen, kann sich einfinden. Geringe Unkosten.

Der Wochenmarkt am Mittwoch hatte nur einen schwachen Besuch aufzuweisen. Es wurden gezahlt: Schweinefleisch 90 Pf bis 1,10 Mark, Rindfleisch 1,10 Mark, Kalbfleisch 1,20 Mark, Schlachtkörper 1,20 Mark, Hammelfleisch 1,20 Mark, Schinken 1,80 bis 1,80 Mark, Speck 1,40 Mark, Rohwurst 1,20 Mark, Schlachtwurst 1,80 Mark, Mettwurst 1,50 bis 1,80 Mark, Schmalz 1,20 Mark, Talg 50 Pf., Eier Stück 15 Pf., Butter Pfund 1,90 Mark, Käse Molle 80 Pf., Braten Pfund 50 bis 60 Pf., Grüne Serringe 20 Pf., Rottkoh 30 Pf., Wirsingkoh 20 Pf., Mohrrüben 10 Pf., Kohlrüben 10 Pf., Blumenkohl 20 bis 50 Pf., Weiskohl 20 Pf.

Der Ferkelmarkt am Dienstag brachte einen Auftrieb von 169 Tieren. Es wurden gezahlt für 4 bis 6 Wochen alte Ferkel 10—12 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 12 bis 14 Mark, 8 bis 10 Wochen alte 14—18 Mark; für Bülle erzielte man Preise zwischen 20 und 30 Mark; Futterfleisch wurden mit 40 bis 60 Mark gehandelt. Handel und Besuch waren mittelmäßig.

Die Tote von Alben.

Die Tote, die bei Alben am Montag gefunden wurde, konnte bisher noch nicht einwandfrei identifiziert werden. Sie liegt in der Polenslaserne aufgebahrt und wird erst am heutigen Donnerstag obduziert werden, da sie solange gefroren war. Eine Leichenschau, die der Kreisarzt Dr. Puppel und Dr. Rundi (Stendal) vorgenommen haben, hat ergeben, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ein Mord oder gar ein Suizid in Frage kommt. Vielmehr bestätigt sich der Verdacht, daß ein Selbstmord mit Gift vorliegt. Verletzungen sind an der Toten nicht festzustellen. Eigenartig berührt es natürlich, daß die Tote in halb ausgeleibtem Zustand aufgefunden wurde.

Die Wäsche der Toten trägt Monogrammschilden M. K. Daraufhin wurde in der Toten die vermifchte Wirtschafterin Kemps aus Staffurt vermutet. Die Polizei in Staffurt sucht seit einigen Wochen die Genannte. Diese hatte vor ihrem Verschwinden Selbstmordgedanken geäußert und weiterzählt, sie wolle eine weite Reise machen und dann irgendwo ihre Leiche verbergen. Die Angaben im Fahndungsblatt und die Beschreibung der Toten passen aber nicht ganz überein. Man steht immer noch vor einem Rätsel, an dessen Lösung die gesamte Öffentlichkeit mitwirken soll. Wer eine Frau kennt, auf die folgende Beschreibung zutrifft, möge das Staatsanwaltamt Stendal mitteilen: Braunes Kleid, schwarzer Mantel mit lila Futter, grünliche Strickjade, Eisenbroche, helle Strümpfe. Die Wäsche ist mit M. K. gezeichnet. Größe 1,72 Meter.

Der Landrat beurlaubt. Der Landrat des Landkreises Stendal, Schmidt, ist vom Montag den 30. Januar bis zum 7. März beurlaubt. Als seinen Vertreter für diese Zeit hat der Regierungspräsident in Magdeburg den Regierungsrat Dr. Wesch bestimmt.

Die Zahlung der Militärversorgungsgebühren für den Monat Februar findet schon am Sonnabend den 28. Januar, in der Zeit von 8 bis 15 Uhr statt.

Außenpolitische Woche. Am Dienstag abend fand im Stadtverordneten-Sitzungssaal eine Vorbesprechung statt über eine im Februar für Stendal und die Altmark geplante Außenpolitische Woche. Die Reichszentrale für Heimatdienst hatte durch ihren Vertreter, Direktor Kerner (Galle), die Vertreter der Stendaler Behörden, der politischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen hierzu eingeladen. Die Versammlung erklärte sich mit der Abhaltung eines Lehrgangs über Außenpolitik einverstanden. Das Programm sieht folgende Vorträge vor: am 14. Februar spricht Professor Dr. Fackh, der Leiter der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, über „Amerika“; am 15. Februar Professor Dr. Obel über „Sowjetrußland“; am 16. Februar Reichsminister a. D. Genosse Rudolf Wissell, M. d. R., über „Weltwirtschaftliche Verflechtung“ und am 17. Februar Geheimer Rat Professor Dr. Brandenburg über „Englands Weltstellung“. Teilnehmergebühr etwa 2 Mark, Einzelvortrag 1 Mark. Es wurde angeregt, Erwerbslosen und andern Hilfsbedürftigen eine Ermäßigung zu gewähren. Tagungslokal wird die Turnhalle der Knabenmittelschule sein. Der Ortsauschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Kartenverkaufsstelle im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, eingerichtet.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Langenweddingen. Am Freitag pünktlich 20 Uhr Generalversammlung bei Erich Kästner. Kamerad Fäger wird einen Vortrag halten.

Samswegen. Die Jahresversammlung war ziemlich gut besucht. Nach dem Jahresbericht des Kameraden Krennmann wurde der Vorstand gewählt. 1. Vorsitzender K. F. H. H. H., 2. Vorsitzender A. Schley, Schriftführer A. Stieck, Kassierer D. Krennmann, Revisoren H. Ruffe und H. Krennmann. Nebensitzer D. W. Fischer. Zur Bundesgründungsfeier am Sonnabend den 25. Februar soll ein Vergnügen mit humoristischen Vorträgen abgehalten werden.

Pr. Bünecke. Die Generalversammlung hätte noch besser besucht sein müssen. Kamerad Krennmann hat ebenfalls einen Vortrag gehalten. Kameraden Friedrich Götke, die Vorstandsarbeit hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Krennmann, 2. Vorsitzender Krennmann, Kassierer Götke, Schriftführer Friedrich Krennmann, Revisoren Albert Sartorius und Robert Müller, Unterfasserer Willi Krennmann. Die Kameraden Krennmann und Krennmann sind die besorgendsten Wahlen. Ein ganz besonders wurde gewünscht, daß die Reichsbannerkameraden auch Parteimitglieder sein müssen. Zur Vorbereitung stellt sich das Reichsbanner selbstverständlich zur Verfügung.

Gardelegen. Führerprüfung am Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im Konsumverein. Sonnabend den 28. Januar Mitgliederversammlung bei Schmidt („Reichskrone“).

Dahlemerleben. Freitag 20 Uhr Sitzung des Vorstandes und der Spielleute. Sonnabend 20 Uhr Versammlung.

Uelzig. Am Freitag im „Prinzregenten“ wichtige Jugendversammlung.

Groß-Otterleben. Heute (Donnerstag) wichtige Führerprüfung im „Schwan“. Spielleute am Sonntag Ausmarsch nach Badendorf.

Seehausen (Wanleben). Dienstag den 31. Januar in der Schule Jahreshauptversammlung. Kreisleiter Kamerad Fäger spricht.

Briefkasten

Verleitetter Neuhaldensleben. Der Geschäftsbericht des Ortsauschusses ist so umfangreich (7 Schreibmaschinenseiten), daß wir ihn jetzt auch nicht einmal auszugsweise veröffentlichen können. Auf die wichtigsten Angaben kommen wir vielleicht später noch zurück.

Keller in Gnadon. Was soll wird von den Arbeiter keine Anzeige gegen den Bahnpostbesitzer noch erstattet? Sind Jungen vorhanden, die den Wortlaut der Anzeigen des Beamten geben können?

Parteiorganisierender Ungern. Der Berichterstatter ist und noch nicht gemeldet.

Verleitetter Altkau. Der Bericht ist schon in Nr. 22 der „Volkstimme“ veröffentlicht. Die Kritik, die übrigens unklar ist, gehört in die Parteiverammlung, aber nicht in die Zeitung.

Verleitetter Dahlemerleben. Der Gesangereinsbericht konnte nicht früher veröffentlicht werden, weil er erst nach Ablauf der vorigen Nummer bei uns eingeht.

Verleitetter Alen. Das Nachwort ist unangebracht.

Verleitetter Biere. Die Abrechnung ist nicht bei der Redaktion eingegangen. Wir haben aber den Beitrag heute abgeschickt.

Bereinstalender

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 60 Wenig, aufgenommen.

Uelzig. Versammlung am Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im kleinen Saal der „Freundschaft“.

Burg. Biographischer Verein Freitag abend 8 Uhr im Kinoraum der Pestalottischule Vortrag. Gäste willkommen.

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.	
Ort	Wasserstand
Altenburg	28.1 + 0,36
Brandels	— + 0,3
Melitz	— + 0,09
Reitmeritz	— + 0,05
Althaus	— + 0,80
Dresden	— + 1,00
Torgau	28.1 + 1,00
Wittenberg	— + 2,41
Hoflau	— + 1,70
Alten	— + 2,00
Bayby	— + 1,58
Magdeburg	— + 2,78
Wittenberg	— + 2,78
Bengen	— + 2,40
Dahmitz	— + 2,40
Dahmitz	— + 2,40
Wittenberg	— + 2,40
Dahmitz	— + 2,40

Wettervorhersage
Wichtigsten in der Zeit und Sonnabend. Bei Windbruchung über Elbe nach Südost. In der Nacht leichter Frost, in den Morgenstunden mild.

KAUFHAUS Diskret

Alte Ulrichstr. 14

DAVID SCHLEIN

Das moderne Kaufhaus mit Kreditbewilligung
Seltene günstige Zahlungsbedingungen!

1/5 Anzahlung
Rest
in 5-6 Monatsraten oder
20-24 Wochenraten.

Eine wirtschaftliche
Notwendigkeit
ist das Kaufen auf Teilzahlung!

Unsere günstigen Zahlungsbedingungen, mäßigen Preise, unerschöpfliche Auswahl sowie weitgehendste Rücksichtnahme bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und besonderen Fällen erleichtern Ihnen den Einkauf. Diese Vorteile kann Ihnen aber nur ein Unternehmen wie das unsrige bieten, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, das Teilzahlungssystem allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Daß wir auf dem richtigen Wege sind, beweist unsere ständig zunehmende Kundenzahl.

Machen Sie einen Versuch, lassen Sie sich in unserer Rechnungsabteilung ein Kredit-Konto einrichten, und Sie bleiben dauernd unser Kunde.

Sämtliche Winter-Waren haben wir im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Damen-Konfektion

Mäntel in den Preislagen
12.50 15.25 18.50 26.— 29.— 32.—
36.— 42.— 48.— 55.—

Wollkleider in den Preislagen
9.50 12.— 14.— 17.50 19.50 22.—
24.— 28.— 30.— 36.— 42.—

Seidenkleider in den Preislagen
9.75 13.25 16.— 18.— 23.— 27.—
29.— 32.— 35.— 39.—

Seal-Plüsch-Mäntel, mit Maniwürf-
Mäntel und -Jacken, Krimmer-Jacken,
Kostüme, Röcke, Blusen, Sportjacken,
Strickkostüme, Pullover, Strickwesten,
Lumberjacks.

Pelzmäntel, Jacken, Schals, Füchse

Herren-Konfektion

Ulster u. Paletots in den
Preislagen 29.— 36.— 42.— 48.—
55.— 62.— 68.— 75.—

Herren-Anzüge in den
Preislagen 35.— 42.— 48.— 55.—
60.— 65.— 72.— 85.— 95.—

Gummi-Mäntel in den
Preislagen 13.50 16.— 19.— 22.00
27.— 30.— 36.—

Tanz-, Smoking-, Frack-, Gehrock-,
Sport-Anzüge,
Burschen-, Jünglings-, Kinder-Anzüge,
Burschen-, Jünglings-, Kinder-Mäntel,
Joppen, Windjacken, Hosen

Sport-Perle, Gelpelze

Schuhwaren-Abteilung

bietet Ihnen eine riesige Auswahl für **Damen, Herren und Kinder**
in einfacher und Luxus-Ausführung.

Kleiderstoffe

Cheviot, Serge, Popeline, Rips-, Gabar-
dine, Schootten, Strick- u. Pulloverstoffe.

Mantelstoffe

Flausch, Eskimo, Velours, Rips, Otto-
man, Krimmer, Wollplüsch, Lammfell

Seidenstoffe und Samte

Helvetia-Seide, Crêpe de Chine, Crêpe marocain, Eolienne, Crêpe Georgette,
Crêpe Satin, Taffet, Charmeuse, Veloutine, Kaschmirseide, Duchesse,
bedruckte Crêpe de Chine und Japon-Seide, Fünferseide
Samte „Fabrikat Mengers“ in schwarz und vielen Farben.

Weißwaren u. Baumwollwaren

Tisch-, Leib-, Bettwäsche, Trikotagen, Wollwaren, Oberhemden

Teppiche

in Velour, Axminster, Wollperser, prima
Axminster, Bouclé, Größe ca. 130/200,
170/240, 200/300, 220/320, 250/350,
300/400. Bettvorlagen, Brücken, Fell-
vorlagen, Stoppdecken, Chaiselongue-
decken, Tischdecken, Wandbehänge,
Läuferstoffe.

Gardinen

Engl. Tüll-Gardinen und Stores, Etamin-
Gardinen und Stores, Madras-Gardinen,
hell und dunkel, Gardinen- und Madras-
stoffe, Etamin- und Tüllbettdecken,
Waffelbettdecken, weiß und bunt,
Rollostoffe in Köper und Damast.

Möbel in Qualitätsarbeit

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen

Einzel-Möbel

Schränke, Vertikos, Sofas, Chaiselongues, Trumeaus, Bettstellen mit Matratzen,
Büfets, Bücherschränke, Schreibtische, Standuhren, Rauchtische,
Nächtische, Klubbische, Flurgarderoben

Für Möbel 1/5 Anzahlung, Rest in 18 Monatsraten

Konsum-
für Magdeburg



Verein ::
und Umgegend

Konsumbrot

ist
**wohlschmeckend
bekömmlich
appetitlich
preiswürdig**

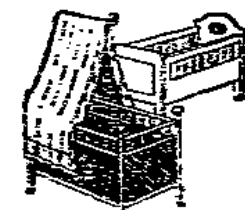
Hergestellt unter Beobachtung peinlichster Sauberkeit in
gesundheitlich einwandfreien Räumen

!! In Güte wesentlich verbessert !!

:: Jede Hausfrau überzeuge sich selbst ::

Nur das Beste

darf gut genug zur Anschaffung sein.
Nur das Beste ist auch das Billigste. Nur
das Beste zu wählen wird sicherlich
Ihr Wunsch sein, nur das Beste zu
haben ist unser Bestreben. Wir versen-
den daher unsere Apparate nach auswärts
5 Tage zur Probe
mit bedingungslosem Rücksendungs-
recht bei Nichtgefallen, bei geringer
Anzahlung gegen bequeme 1.50
Wochenanzahlung v. nur RM.
Illustrierten Prospekt mit Preisliste
gratis u. frei. **Walter H. Gertz,**
Berlin S 42, Postf. 288 P, Alexandri-
enstr. 27 Zweignie. erl. Köln, Priesenpl. 16



Kinderbetten

Schöne u. gediegene
aus Holz und Metall in
riesiger Auswahl und
sehr billig!
Mark 15.50 16.50 18.50
21.— 22.50 24.— 28.—
30.— 34.— 38.— 41.—
48.— usw.

Bettenhaus Bruno Paris

Breiter Weg 4
Hauptpost gegenüber.

Auf Wunsch
Zahlungs-Erleichterung!
Beförderung in die
Umgebung o h n o
Transportbeschädig.
durch eigenes Auto.

Lebt die
Frauenwelt!

Standuhr

gutes Wert u. Artist-
glas, melodischer Gong,
1.70 Uhr, Vaternacht,
Gr. Dresdener Str.
Nr. 218, Ecke Annaftr.

Reparaturen

nur
erstklassig
schnell und
preiswert
steht bei

Musik-Silbermann
Breiter Weg 10

Für die uns anlässlich unserer silbernen
Hochzeit Jamie Verlobung unseres Sohnes
mit Fräulein Bursche in so reichen Wä-
remehreren Aufmerksamkeiten jagten wir
hiermit allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem unsern
herzlichsten Dank.
Gustav Siebert Erich Siebert
und Frau Helene Bursche.

Moosmann, Breiter Weg

Für richtige Zeit
beachte man nur
und die Dreieckuhr!
Die einfache Schuluhr
3.75 6.75 9.00
Die solide Berufsuhre
13.50 18.00 26.00
Die elegante Gesellschaftsuhre
29.00 36.00 54.00
u. höher mit gesetzl. Garantie
Freudige Geburtsgaben

Kinder- Wagen?



BEYERS Kinderwagenhaus

Inhaber: Egon Heins. — Alter Markt 13.
Hiesige Hauptverkaufsstelle der
Naether-Fabrikate!
Riesige Auswahl und billigste Preise!

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Stadt.
Todesfälle. 21. Januar. Witwe Erwin
Meiner, geb. Schlimbach, 64 J., Schuhmacher-
meister Christian Krüm ing. 16 J. — 23. Januar.
Aufwärtlerin Auguste Thiers geb. Walther, 70 J.
Jda geb. Herath, Ehefrau des Arbeiters
Koch aus Deyrothberge, 41 J., Straßenbahn-
wagenführer Wilhelm Hall, 65 J., Gerhard
E. des Arbeit. Gerh. Teichmann, 1 J., August
Karl Genth, 67 J., Dietrich, E. des Reichs-
bahnhauptposten Walter Stein, 2 J.

Magdeburg-Remtadt.
Todesfälle. Hans, E. des Reichsbahnober-
betriebsrats Paul Behrendt, 6 J. — 25. Januar.
Günner, Sohn des Formers Willi Rühmann
8 J.

Magdeburg-Ensbürg.
Todesfälle. 23. Januar. Kleidermacher
August Dugas, 64 J., Dreher Karl Bube
48 J., Ehefrau des Eisenrehlers Hermann
Reuter, Annes geb. Rosenhagen, 65 J., Ehe-
frau des Privatmanns Hermann Siebmann
Jda geb. Guthe, 69 J., Wöbeln, erstw. im
Marie Kampshausen geb. Carell, 78 J.
24. Januar. Kesselfabrikant Friedrich
Herbst, 82 J., Maurerwitwe Johanna Dietz
geb. Simon, 76 J., Magdeburger-Gesellschaft
August Brandt, 64 J., Bureauangestellter Wil-
helm in Bledendorf, 34 J.

Dankfagung.

Für die vielen Bemühungen herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung unsers
lieben Entschlafenen jagten wir allen
Verwandten und Bekannten sowie
reinen Kollegen und Mitarbeitern der
Fa. Schöffel & Budenberg unsern herz-
lichsten Dank. Besondere Dank Herrn
Ratler Schlobach für die großzügigen
Borte am Grabe.

Ofterweddingen, 26. Januar 1927.

Illie Weismann u. Sohn

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme beim Hinscheiden meines
lieben Mannes, unsers guten Vaters
sowie für die vielen Kranzspenden
sprechen wir auf diesem Wege allen
Verwandten, Bekannten sowie den Be-
wohnern des Hauses Steverstr. 1,
der Ortsgruppe Remtadt der Jungfrau
und allen Teilnehmern unsern besten
Dank aus. Besondere Dank der werten
Rundschau, den Reichsbannerkameraden
und Herrn Pastor Wehle.

**Witwe Friederike Schulze
nebst Kindern.**

Dankfagung.

Am Mittwoch den 25. Januar 1927
erlitt der Tod von langem schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere liebe
Mutter und Großmutter

Jda Nagels geb. Förster.

Magdeburg-Südost, 25. Jan. 1927
Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung erfolgt am 31. Januar
vormittags 9 1/2 Uhr, von der Kapelle des
Budauer Friedhofs aus.